

Finanzieller Überblick 2023

Inhaltsverzeichnis:

1	Das Rechnungsergebnis in Kürze	2
1.1	Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2023	3
1.1.1	Erfolgsrechnung	3
1.1.2	Investitionsrechnung	3
1.2	Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2022 und Rechnung 2023	4
1.2.1	Erfolgsrechnung	4
1.2.2	Investitionsrechnung	5
1.3	Finanzkennzahlen 2019 – 2023	5
1.4	Ergebnis nach Behörden und Departementen	9
1.4.1	Erfolgsrechnung	9
1.4.2	Investitionsrechnung	13
1.5	Globalbudgets	16
2	Rahmenbedingungen	17
3	Die grössten Aufwandpositionen	18
3.1	Besoldungskosten	18
3.1.1	Pensenübersicht	20
3.1.2	Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen	23
3.2	Nettoaufwand für einzelne Schultypen	23
3.3	Nettoverschuldung und Zinsendienst	23
3.3.1	Nettoverschuldung	23
3.3.2	Nettozinsaufwand	24
3.4	Abschreibungen	24
3.4.1	Verwaltungsvermögen	24
3.4.2	Finanzvermögen	25
3.5	Strassenrechnung	25
3.6	Gesundheit	26
3.7	Gesellschaft und Soziales	27
4	Die grössten Ertragspositionen	29
4.1	Bundesanteile	29
4.2	Staatssteuerertrag	30
4.2.1	Entwicklung Steuerausstand	31
4.3	Nebensteuern	31

Finanzieller Überblick

1 Das Rechnungsergebnis in Kürze

Der Rechnungsabschluss des Kantons Solothurn wird seit 2012 nach dem «Harmonisierten Rechnungslegungsmodell 2 für Kantone und Gemeinden (HRM2)» erstellt.

Die Kennzahlen werden frankengenau berechnet und die Zwischenergebnisse nach der kaufmännischen Grundregel gerundet. Dadurch kann es zu Rundungsdifferenzen kommen.

Kennzahlen (Beträge in Mio. Fr.)	RE22	VA23	RE23
<u>Erfolgsrechnung:</u>			
Betrieblicher Aufwand	2'419.1	2'477.3	2'520.1
Betrieblicher Ertrag	-2'594.9	-2'414.0	-2'477.5
Betriebsergebnis (Aufwandüberschuss)	-175.8	63.3	42.6
Finanzaufwand	24.3	24.3	23.5
Finanzertrag	-24.0	-24.4	-34.7
Operat. Ergebnis Verwaltungstätigkeit (Aufwandüberschuss)	-175.5	63.2	31.5
Wertberichtigungen / a.o. Aufwand/Ertrag	0.0	0.0	-0.5
Operatives Ergebnis (Aufwandüberschuss)	-175.5	63.2	31.0
Abschreibung Finanzfehlbetrag PKSO	27.3	27.3	27.3
Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	-148.2	90.5	58.3
<u>Investitionsrechnung:</u>			
Investitionsausgaben	96.4	114.1	97.7
Investitionseinnahmen	-9.9	-12.9	-11.3
Nettoinvestitionen	86.5	101.2	86.4
<u>Finanzierung:</u>			
Bruttoergebnis (Cashflow)	238.3	3.0	45.1
Finanzierungsergebnis (Fehlbetrag)	-151.8	98.2	41.3
Selbstfinanzierungsgrad (Cashflow in % der Nettoinvestitionen)	276%	3%	52%

Mit einem Aufwandüberschuss von 58,3 Mio. Franken schliesst die Rechnung 2023 um 32,2 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Gegenüber dem Vorjahr verschlechtert sich das Gesamtergebnis um 206,5 Mio. Franken.

Die Nettoinvestitionen bleiben mit 86,4 Mio. Franken auf dem Niveau des Vorjahres und liegen 14,8 Mio. Franken (14,6 %) unter Budget.

1.1 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2023

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen dem Voranschlag und der Rechnung 2023 sind aus der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.1.1 Erfolgsrechnung

		in Mio. Fr.
Mehraufwand (Defiziterhöhende Abweichung)		
Spitalbehandlungen KVG		5.8
Wasserwirtschaft		4.5
Abschreibungen Kantonsstrassen		4.4
Taggelder Straf- und Massnahmenvollzug		2.4
Sozialversicherungen Personalamt		2.2
Total Mehraufwand		19.3
Minderertrag (Defiziterhöhende Abweichung)		
Bundesanteile		8.8
Verrechnungssteuer	6.3	
Total Minderertrag		8.8
Minderaufwand (Defizitsenkende Abweichung)		
Globalbudgets gesamthaft		10.2
COVID-19 Gesundheitskosten		8.6
Schulgelder		2.7
Familienzulagen Landwirtschaft		2.3
Total Minderaufwand		23.8
Mehrertrag (Defizitsenkende Abweichung)		
Kantonale Steuern		27.2
Staatssteuern JP	13.8	
Staatssteuern NP	4.8	
Vermögenserträge		2.7
Total Mehrertrag		29.9

Diese grössten Abweichungen führen zu einem um 25,6 Mio. Franken besseren Ergebnis als im Voranschlag 2023 vorgesehen. Insgesamt schliesst die Erfolgsrechnung um 32,2 Mio. Franken besser ab als budgetiert.

1.1.2 Investitionsrechnung

		in Mio. Fr.
Höhere Nettoinvestitionen		
Hochbauten Strassenrechnung		3.3
Total		3.3
Tiefere Nettoinvestitionen		
Informatikmittel		5.7
Bildungs- und Allgemeinbauten		5.0
Spitalbauten		2.4
Kantonsstrassenbau		2.1
Total		15.2

Diese grössten Abweichungen führen zu 11,9 Mio. Franken tieferen Nettoinvestitionen gegenüber dem

Voranschlag 2023. Insgesamt liegen die Nettoinvestitionen 14,8 Mio. Franken unter dem Budget.

1.2 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2022 und Rechnung 2023

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen der Rechnung 2022 und der Rechnung 2023 sind aus der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.2.1 Erfolgsrechnung

		in Mio. Fr.
Mehraufwand (Defiziterhöhende Abweichung)		
Globalbudgets gesamthaft		31.8
Härtefallregelung COVID-19 (Auflösung Rückstellung 2022)*		20.2
Gesundheitskosten COVID-19 (Auflösung Rückstellung 2022)*		13.3
Prämienverbilligung KVG		12.9
Volksschule		5.0
Ergänzungsleistungen Familien		4.2
Ergänzungsleistungen IV		3.6
Spitalbehandlungen KVG		3.5
Abschreibungen Kantonsstrassen		3.2
Grundstücke und Liegenschaften		2.8
Wasserwirtschaft		2.8
Taggelder Straf- und Massnahmenvollzug		2.6
Abschreibungen Bussen Gerichte		2.4
Ärztliche Weiterbildung		2.2
Total Mehraufwand		110.5
Minderertrag (Defiziterhöhende Abweichung)		
Bundesanteile		102.9
Gewinnausschüttung SNB	128.0	
NFA	-16.4	
Direkte Bundessteuer	-8.9	
Motorfahrzeugsteuern		9.6
Total Minderertrag		112.5
Minderaufwand (Defizitsenkende Abweichung)		
COVID-19 Impfen		4.7
Finanzausgleich Einwohnergemeinden		2.4
Total Minderaufwand		7.1
*2022 wurde durch die Rückstellungsauflösung der entsprechende Minderaufwand ausgewiesen.		
Mehrertrag (Defizitsenkende Abweichung)		
Kantonale Steuern		6.2
Staatssteuern JP	8.1	
Grundstückgewinnsteuer	2.7	
Nebensteuern	-5.2	
Vermögenserträge		2.5
Total Mehrertrag		8.7

Diese grössten Abweichungen führen zu einem um 207,2 Mio. Franken schlechteren Ergebnis als 2022. Die Abweichung zum Vorjahr beträgt insgesamt 206,5 Mio. Franken.

1.2.2 Investitionsrechnung

	in Mio. Fr.
Höhere Nettoinvestitionen	
Kantonsstrassenbau	8.7
Hochbauten Strassenrechnung	7.2
Total	15.9
Tiefere Nettoinvestitionen	
Bildungs- und Allgemeinbauten	8.0
Spitalbauten	7.5
Total	15.5

Die grössten Abweichungen führen zu 0,4 Mio. Franken höheren Nettoinvestitionen als im Vorjahr. Insgesamt fallen die Nettoinvestitionen 0,1 Mio. Franken tiefer aus als 2022.

1.3 Finanzkennzahlen 2019 – 2023

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 2019 bis 2023.

Kennzahlen (in Mio. Franken)	2019	2020	2021	2022	2023
Operativer Cash Flow	- 180,6	- 124,3	- 170,7	- 238,3	- 44,6
Abschreibungen ¹	60,1	59,8	60,9	62,8	76,1
Operat. Ergebnis aus Verw.tätigkeit	- 120,5	- 64,4	- 109,8	- 175,5	31,5
Wertberichtigung Finanzvermögen ²⁺³	- 8,7	- 21,9	0	0	-0,5
Operatives Ergebnis ER	- 129,2	- 86,3	- 109,8	- 175,5	31,0
Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO	27,3	27,3	27,3	27,3	27,3
Gesamtergebnis	- 101,9	- 59,0	- 82,5	- 148,2	58,3
Nettoinvestitionen ⁴	137,5	93,6	75,7	86,5	86,4
Finanzierungsergebnis	- 51,9	- 52,5	- 95,0	- 151,8	41,3
Operativer Selbstfinanzierungsgrad	131%	133%	225%	276%	52%
Gesamtabschreibungssatz	3,9%	3,8%	3,8%	4,7%	5,1%
Nettoverschuldung	1'346,1	1'293,6	1'198,5	957,7	999,2
Dito, in Franken pro Einwohner	4'870	4'640	4'260	3'350	3'460
Nettozinsaufwand	14,0	16,7	17,0	13,4	10,4
Nettozinsaufwand in % der Staatssteuern	1,6%	2,0%	2,0%	1,5%	1,1%
Eigenkapital	330,6	416,9	526,7	702,1	671,1
EinwohnerInnen per Ende Jahr	276'469	278'640	281'415	285'901	288'836

¹ ohne Abschreibung Bilanzfehlbetrag PKSO (27,3 Mio. Franken)

² Neubewertung des Finanzvermögens per 31.12.2023

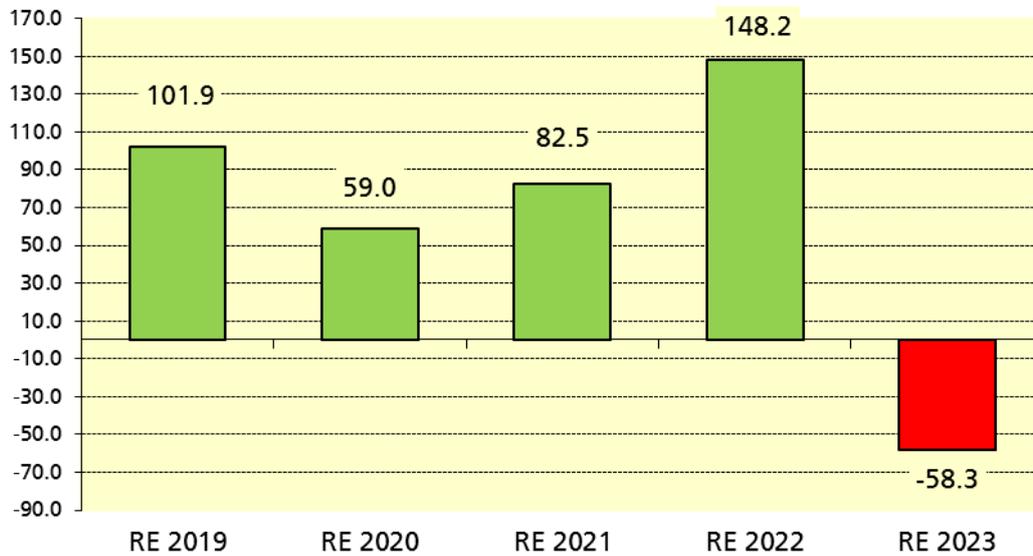
³ Aufwertung Alpiq-Aktien durch Kursgewinn per 31.12.2019 und realisierter Gewinn durch Verkauf 2020

⁴ ohne Immobilienübertragung soH per 1.1.2022

Erstmals seit 2018 wird 2023 ein Aufwandüberschuss ausgewiesen. Der Cash Flow beträgt noch 44,6 Mio. Franken.

Gesamtergebnis Erfolgsrechnung

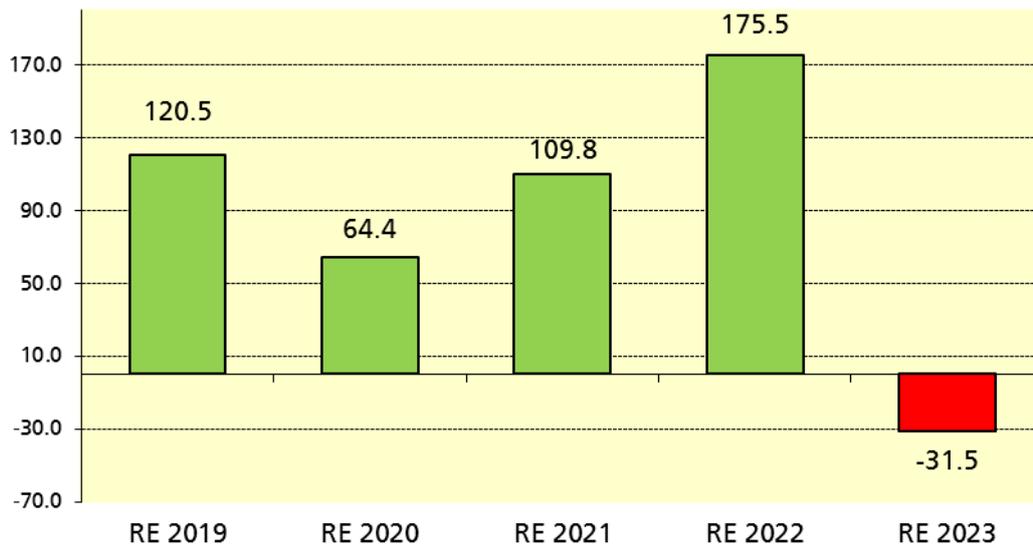
(in Mio. Franken)



Die Gesamtrechnung 2023 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 58,3 Mio. Franken ab. Dies entspricht einer Verschlechterung von 206,5 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr.

Operatives Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit

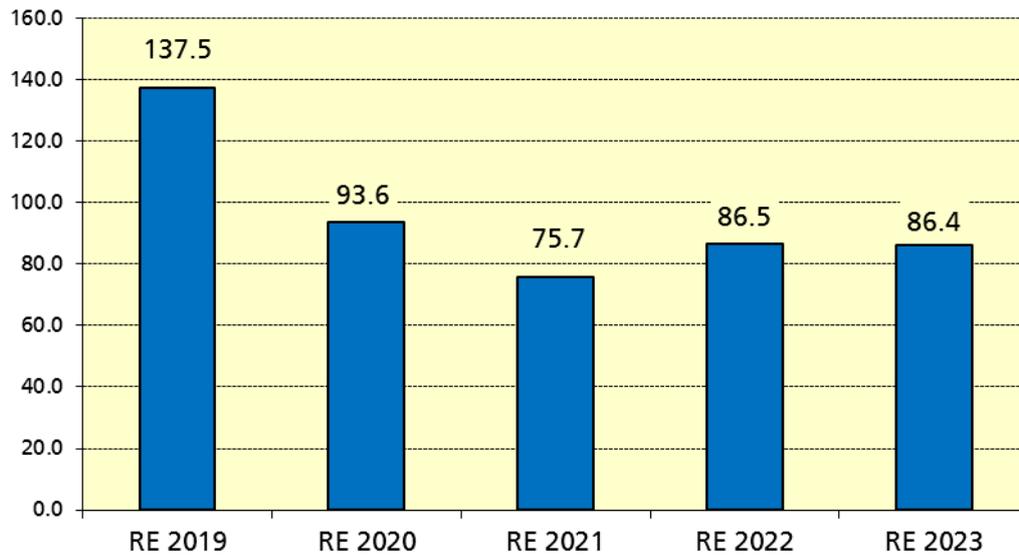
(in Mio. Franken)



Auch das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit wird erstmals seit 2015 negativ. Der Aufwandüberschuss beträgt 31,5 Mio. Franken. Dies entspricht einer Verschlechterung von 207,0 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr.

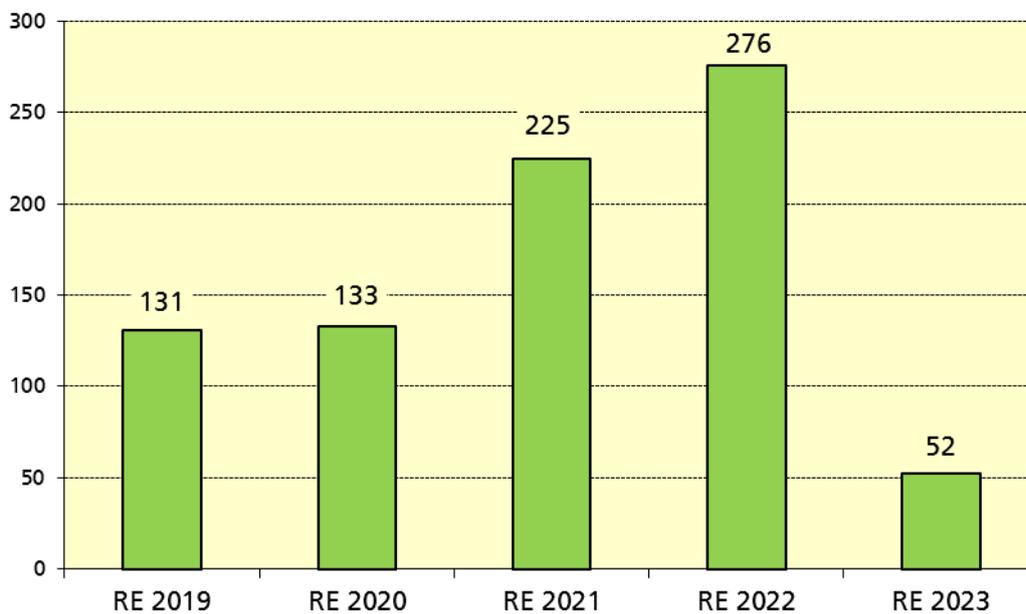
Nettoinvestitionen

(in Mio. Franken)



Die Nettoinvestitionen liegen auf dem Niveau des Vorjahres. Budgetiert waren 101,2 Mio. Franken, was eine Abweichung von 14,8 Mio. Franken oder 14,6 % zum Voranschlag 2023 ergibt.

Operativer Selbstfinanzierungsgrad in %



Der operative Selbstfinanzierungsgrad fällt auf 52 %. Nebst den laufenden Konsumausgaben können die Investitionen nur noch zur Hälfte aus den Erträgen finanziert werden.

Eigenkapital

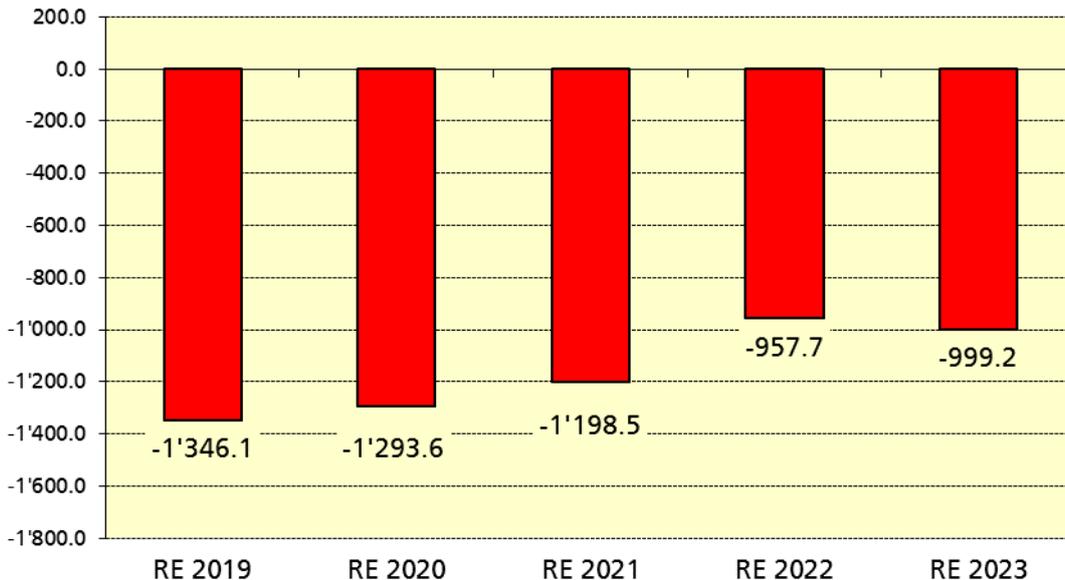
(in Mio. Franken)



Mit den Spezialfinanzierungen im Eigenkapital, dem Bilanzfehlbetrag Ausfinanzierung PKSO sowie den Rücklagen (Wasserrechnung und Globalbudgetreserven) beträgt das Eigenkapital gesamthaft 671,1 Mio. Franken. Dies entspricht einer Abnahme von 31,0 Mio. Franken bzw. 4,4 % gegenüber dem Vorjahr.

Nettoverschuldung

(in Mio. Franken)



Nachdem die Nettoverschuldung per Ende 2022 um 240,8 Mio. Franken bzw. 20 % gesenkt werden konnte, steigt sie per 31.12.2023 um 41,5 Mio. Franken bzw. 4,3 % an. Von der Nettoverschuldung per Ende 2023 sind 846,0 Mio. Franken auf den Bilanzfehlbetrag der Ausfinanzierung der PKSO zurückzuführen.

1.4 Ergebnis nach Behörden und Departementen

1.4.1 Erfolgsrechnung

Behörden in Mio. Fr.	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Aufwand	6.1	6.4	6.4	0.0
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0
Interne Verrechnungen	-1.4	-1.3	-1.4	-0.1
Saldo	4.7	5.1	5.0	-0.1

Im Berichtsjahr ergeben sich keine grösseren Abweichungen. Gegenüber der Rechnung 2022 steigt der Nettoaufwand um 0,3 Mio. Franken infolge zusätzlicher Personalressourcen für die Umsetzung der digitalen Transformation Kantonsrat und erhöhter Beiträge an Direktorenkonferenzen des Regierungsrates.

Staatskanzlei in Mio. Fr.	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Aufwand	14.2	15.0	15.3	0.3
Ertrag	-2.4	-2.6	-2.4	0.2
Interne Verrechnungen	-7.4	-7.6	-7.4	0.2
Saldo	4.4	4.8	5.5	0.7

Minderkosten von 0,3 Mio. Franken infolge einer geringeren Anzahl Rechtspraktikanten einerseits und zusätzliche Personal- wie auch Projektkosten in der Höhe von ca. 0,8 Mio. Franken für das am 29. März 2023 vom Kantonsrat genehmigte Impulsprogramm 2023-2025 zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie (SGB 192/2022) andererseits führen in der Rechnung 2023 zu einem um 0,5 Mio. Franken höheren Aufwand gegenüber dem Voranschlag. Im Lehrmittelgeschäft fallen zudem Aufwand und Ertrag gleichermaßen um 0,2 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert.

Im Vergleich zur Vorjahresrechnung 2022 führt auf der Aufwandseite - nebst den erwähnten Mehrkosten des Impulsprogramms 2023-25 in der Höhe von 0,8 Mio. Franken - insbesondere der unterjährige Auf- bzw. Ausbau der Personalressourcen in den Bereichen Digitale Verwaltung, Staatsarchiv und Datenschutz im Laufe des Jahres 2022 sowie die Lohnteuerung von 1,5 % zu entsprechenden Mehrkosten von 0,3 Mio. Franken in der Rechnung 2023.

Bau- und Justizdepartement in Mio. Fr.	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Aufwand	282.8	282.3	295.4	13.1
Ertrag	-188.1	-171.3	-178.6	-7.3
Interne Verrechnungen	-33.4	-32.0	-33.5	-1.5
Saldo	61.3	79.0	83.3	4.3

Die Erfolgsrechnung des Bau- und Justizdepartements schliesst rund 4,3 Mio. Franken schlechter ab als geplant. Dabei liegt die Summe der Globalbudgetsaldi mit 124,1 Mio. Franken nur minimal über den budgetierten 123,5 Mio. Franken (Abweichung 0,5 %). Mehraufwände ergaben sich beim betrieblichen und baulichen Strassenunterhalt (1,8 Mio. Franken), beim Winterdienst (0,6 Mio. Franken) sowie beim Gebäudeunterhalt (1,4 Mio. Franken). Minderaufwand ergab sich auch bei den Personalkosten (2,1 Mio. Franken). Ertragsseitig schliessen die Globalbudgets mit einem Mehrertrag von rund 2,4 Mio. Franken ab.

Der Saldo der Finanzgrössen fiel gegenüber dem Voranschlag um 5,2 Mio. Franken tiefer aus. Der Nettoertrag betrug 7,3 Mio. Franken anstelle der budgetierten 12,5 Mio. Franken. Der Aufwand liegt rund 10,0 Mio. Franken über den budgetierten 101,2 Mio. Franken. Mehraufwand entstand insbesondere

bei den Abschreibungen im Strassenbau (4,4 Mio. Franken) und im Hochbau (5,9 Mio. Franken). Weiter entstand nicht vorhersehbarer übriger Sachaufwand in der Höhe von 1,2 Mio. Franken. Demgegenüber steht unter anderem ein Minderaufwand bei den Beiträgen an die Gemeinden von 2,0 Mio. Franken (Reservoirs, Verbindungsleitungen u.ä.). Die grössten Mehrerträge sind bei der Veräusserung von Grundstücken (6,4 Mio. Franken), einer Marktwertanpassung bei den Liegenschaften (1,1 Mio. Franken), der Motorfahrzeugsteuer (0,5 Mio. Franken) sowie bei den Bussen (0,6 Mio. Franken) angefallen. Mindererträge entstanden bei den Beiträgen vom Bund (1,1 Mio. Franken) sowie bei den Beiträgen der Gemeinden (1,3 Mio. Franken). Schliesslich entstand durch den gegenüber des Voranschlages erhöhten Bezugs von Fördergeldern der Energiefachstelle eine Aufwandminderung von 2,1 Mio. Franken bei den Konzessionen.

Die internen Verrechnungen bewegen sich im erwarteten Bereich auf dem Niveau der Vorjahresrechnung.

Departement für Bildung und Kultur				
in Mio. Fr.	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Aufwand	492.5	510.0	507.3	-2.7
Ertrag	-68.9	-64.4	-66.6	-2.2
Interne Verrechnungen	27.6	27.9	27.5	-0.4
Saldo	451.2	473.5	468.2	-5.3

Die Rechnung 2023 des Departementes für Bildung und Kultur schliesst mit einem Gesamtsaldo von 468,2 Mio. Franken 5,3 Mio. Franken oder 1,1 % unter dem Voranschlag 2023 ab.

Der Aufwand 2023 liegt 2,8 Mio. Franken oder 0,5 % unter dem Voranschlag 2023 und ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen.

Der Ertrag liegt 2,2 Mio. Franken oder 3,4 % über dem Voranschlag 2023. Die Hauptgründe für den Anstieg sind: Im Heilpädagogischen Schulzentrum wurde aufgrund von mehr Schülerinnen und Schülern ein Mehrertrag von 1,2 Mio. Franken erzielt. Bei der Kantonsschule Solothurn führten mehr ausserkantonale Schülerinnen und Schüler und mehr Schülerinnen und Schüler im 1. Gymnasium (höhere Aufnahmequote) zum Mehrertrag von 0,4 Mio. Franken. Im Bereich Kultur und Sport führten höhere Rückerstattungen für Kurse sowie der Beiträge aus dem Swisslos-Fonds und Swisslos-Sportfonds infolge der Umsetzung mehrerer Projekte sowie die Schlusszahlung Bundesanteil an COVID-19-Massnahmen zum Mehrertrag von 0,3 Mio. Franken.

Gegenüber der Rechnung 2022 liegt der Aufwand der Rechnung 2023 14,8 Mio. Franken oder 3 % höher. Die im Jahr 2023 gewährte Teuerungszulage von 1,5 % wirkt sich mit 2,9 Mio. Franken aus. Der Anstieg ist vorwiegend im Bereich Volksschule angesiedelt (mehr Schülerinnen und Schüler in den kantonalen Spezialangeboten, aber auch im Bereich integrativer sonderpädagogischer Massnahmen ISM und im Frühbereich 10,4 Mio. Franken, Beiträge an Gemeinden für die Schülerpauschale 5,0 Mio. Franken).

Der Ertrag der Rechnung 2023 liegt 2,3 Mio. Franken oder 3,3 % unter dem Ertrag der Rechnung 2022 und ist hauptsächlich auf die auslaufende Beteiligung der Gemeinden an den andersschulischen Angeboten (§ 37^{bis} i. V. m. § 44^{quater} Abs. 1 Volksschulgesetz vom 14.9.1969) zurückzuführen.

Finanzdepartement				
in Mio. Fr.	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Aufwand	152.2	160.7	155.1	-5.6
Ertrag	-1'708.5	-1'593.8	-1'612.5	-18.7
Interne Verrechnungen	10.5	7.3	10.8	3.5
Saldo	-1'545.8	-1'425.8	-1'446.6	-20.8

Die Rechnung des Finanzdepartements schliesst bei einem Gesamtsaldo von 1'446,6 Mio. Franken um 20,8 Mio. Franken besser ab als budgetiert.

Der Minderaufwand gegenüber dem Voranschlag ist auf die besseren Ergebnisse der Globalbudgets

zurückzuführen. Insbesondere die Globalbudgets des Steueramts (0,7 Mio. Franken) und des Amts für Informatik und Organisation (2,9 Mio. Franken) weisen gegenüber dem Voranschlag einen tieferen Aufwand auf. Ein Minderaufwand ist im Weiteren auch beim Zinsendienst (1,4 Mio. Franken) sowie bei den Abschreibungen und beim Erlass von Steuerforderungen (3,3 Mio. Franken) zu verzeichnen.

Die grössten Veränderungen mit Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag ergaben sich bei den Staatssteuern der natürlichen Personen (1,5 Mio. Franken), bei den Staatssteuern der juristischen Personen (13,8 Mio. Franken), bei der Quellensteuer (3,3 Mio. Franken), bei der Grundstückgewinnsteuer (5,1 Mio. Franken), bei der Erbschaftssteuer und Nachlasssteuer (2,0 Mio. Franken) sowie beim Zinsertrag (2,6 Mio. Franken). Demgegenüber sind Mindererträge zu verzeichnen bei der Direkten Bundessteuer (1,7 Mio. Franken), bei der Verrechnungssteuer (6,3 Mio. Franken) und bei den Handänderungssteuern (1,0 Mio. Franken).

Im Vergleich zur Vorjahresrechnung fällt beim Ertrag vor allem die fehlende Ausschüttung der SNB (Vorjahr 128,0 Mio. Franken) ins Gewicht. Weitere Mindererträge waren bei der Handänderungssteuer (3,9 Mio. Franken) und der Schenkungssteuer (1,1 Mio. Franken) zu verzeichnen. Demgegenüber können Mehrerträge bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen (8,1 Mio. Franken), der Grundstückgewinnsteuer (2,7 Mio. Franken), beim NFA (16,4 Mio. Franken), beim Anteil der Direkten Bundessteuer (8,9 Mio. Franken) und beim Zinsertrag (2,9 Mio. Franken) ausgewiesen werden. Die Globalbudgets des Finanzdepartements schliessen auf Stufe Globalbudgetsaldo gegenüber dem Vorjahr mit einem Mehraufwand (4,8 Mio. Franken) ab.

Departement des Innern in Mio. Fr.	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Aufwand	1'241.2	1'250.9	1'291.8	40.9
Ertrag	-482.0	-438.0	-485.8	-47.8
Interne Verrechnungen	3.9	5.4	4.9	-0.5
Saldo	763.1	818.3	810.9	-7.4

Die Rechnung 2023 des Departements des Innern unterschreitet den Voranschlag um 7,4 Mio. Franken.

Das Gesundheitsamt schliesst um 6,2 Mio. Franken besser als der Voranschlag ab. Hauptgrund sind tiefer ausgefallene Covid-19 Gesundheitskosten (Finanzgrösse) sowie Kosten für Verlustscheine nach KVG (Finanzgrösse). Gleichzeitig lag der Kantonsbeitrag an Spitalbehandlungen (Finanzgrösse) über dem Voranschlag.

Das Amt für Gesellschaft und Soziales schliesst insgesamt 1,7 Mio. Franken unter dem Voranschlag ab. Gründe dafür sind insbesondere eine Ausgleichzahlung für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Asylbereich aus Bundesbeiträgen (Finanzgrösse) sowie höhere Arbeitgeberbeiträge bei den Familienergänzungsleistungen (Finanzgrösse).

Das Migrationsamt unterschreitet den Voranschlag um 1,3 Mio. Franken aufgrund von Mehreinnahmen bei den Gebühren und aufgrund eines hohen Verwaltungskostenbeitrages des Bundes. Die damit verbundenen Mehrkosten werden erst in den kommenden Jahren erwartet.

Das Departementssekretariat DDI schliesst aufgrund von unbesetzten Stellen um 0,2 Mio. Franken besser ab als budgetiert.

Die Polizei Kanton Solothurn schliesst aufgrund von Mindereinnahmen bei den Bussen (Finanzgrösse) insgesamt 0,2 Mio. Franken über Budget ab.

Im Bereich des Justizvollzugs wurde der Voranschlag aufgrund von Mehrausgaben bei den Kostgeldern (Finanzgrössen) um 2,3 Mio. Franken überschritten.

Volkswirtschaftsdepartement				
in Mio. Fr.	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Aufwand	253.3	273.7	270.1	-3.6
Ertrag	-164.4	-162.6	-161.8	0.8
Interne Verrechnungen	-2.4	-2.2	-3.7	-1.5
Saldo	86.5	108.9	104.6	-4.3

Führungsunterstützung, Standortförderung, Stiftungsaufsicht und Härtefallmassnahmen schliessen um 1,0 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Die Verbesserung der Rechnung hat im Wesentlichen zwei Gründe: Bei den Härtefallmassnahmen beanspruchte die Prüfung der Auflagen und Bedingungen im Nachgang der Auszahlung von Härtefallbeiträgen weniger Ressourcen als angenommen. Die Unterstützung durch das kantonale Steueramt und dem SECO ist bei der Ermittlung von Fällen mit Missbrauchsverdacht hilfreich. Weiter wurden die vakanten Stellen in der Fachstelle Standortförderung im Berichtsjahr noch nicht besetzt. Auch gab es Personalwechsel im Sekretariat, wobei die offenen Stellen teils nicht sofort wiederbesetzt werden konnten.

Es gab keine Gesuche für Einzelbetriebliche Förderungen nach WAG, da mit der Überführung der Standortförderung ins Departementssekretariat, der Administration der Härtefallprogramme und dem Wechsel in der Führung das Programm noch nicht erarbeitet werden konnte. Der Kantonsanteil an Rückflüssen aus dem Härtefallprogramm betrug 0,1 Mio. Franken. Bei der Umsetzung Neue Regionalpolitik 2020 – 2023 gab es weniger Projekteingaben als erwartet und entsprechend 0,4 Mio. tiefere Ausgaben.

Wirtschaft und Arbeit schliesst um 0,1 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Verschiedene kleine Abweichungen ergaben dieses leicht bessere Resultat.

Der AVIG-Beitrag fiel um 0,2 Mio. Franken höher aus als budgetiert.

Die Energiefachstelle schliesst um 0,3 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass mehrere offene Stellen erst später als geplant besetzt werden konnten. Der Anteil Förderbeiträge am Investitionsvolumen liegt aufgrund des angespannten Marktumfeldes unter den Erwartungen. Weiter konnten mehr offene Projekte aus dem Vorjahr abgeschlossen werden. Ebenso mussten aufgrund der erzielten Wirkung die verfügbaren Bundesmittel aus der CO₂-Abgabe für den Kanton Solothurn etwas weniger gekürzt werden als erwartet. Ausserdem gab es eine tiefere Nachfrage für den Gebäudeenergieausweis (GEAK).

Gemeinden und Zivilstandsdienst schliesst um 0,3 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Das entspricht einer Verbesserung des Ergebnisses um rund 8 % gegenüber dem Voranschlag. Dazu beigetragen haben primär nicht angefallene Lohnkosten auf Grund von Vakanzen. Der Personalaufwand liegt rund 0,1 Mio. Franken unter dem veranschlagten Wert. Weiter wurde das Legislaturziel «Gemeindelandschaft weiterentwickeln» erst Ende 2023 initialisiert, weshalb geplante Projektkosten von 0,1 Mio. Franken noch nicht angefallen sind. Auf der Ertragsseite konnten Mehrerträge bei den Zivilstandsgebühren und bei den Einbürgerungsgebühren, insgesamt 0,2 Mio. Franken, gegenüber dem Voranschlag verbucht werden. Der budgetierte Staatsbeitrag von 0,9 Mio. Franken an den Finanzausgleich Kirchgemeinden wird im Jahr 2023 nicht benötigt, da der Ertrag aus der Finanzausgleichsteuer höher als der Gesamtverteilungsbetrag von 10 Mio. Franken ausfällt.

Wald, Jagd und Fischerei schliesst um 0,5 Mio. Franken und somit um 11 % besser ab als budgetiert. In der Produktgruppe Wald sind dafür in erster Linie Erhöhungen der Bundesbeiträge für Jungwaldpflege und Schutzwald (allerdings gekoppelt mit ebensolchen Ausgaben) sowie erfreuliche Erträge im Staatswald verantwortlich. Die Erträge stiegen vor allem aufgrund gestiegener Holzpreise. In der Produktgruppe Jagd und Fischerei sind es deutlich niedrigere Ausgaben im Bereich Wildschaden sowie externe Auftragsvergaben, welche auf die Folgejahre verlegt werden mussten. 2023 wurden weniger Rodungen ausgeführt als in den Vorjahren. Dies führte zu einem kleinen Einbruch bei den Rodungsabgaben und damit um 0,2 Mio. Franken tiefere Einnahmen des Forstfonds. Somit konnte 2023 das Ziel einer schwarzen Null im Forstfonds nicht erreicht werden und der Saldo per Ende 2023 reduzierte sich auf knapp 2,3 Mio. Franken. Es gab weniger realisierte Wegsanierungen (bei gleichzeitiger Ausschöpfung der Bundesbeiträge) und somit 0,1 Mio. Franken weniger Beiträge daran. Dafür gab es Mehrausgaben von 0,8 Mio. Franken für grosse Schutzbauten-Projekte, da mehrere Projekte zeitlich zusammenfielen (Kleinlützel, Trimbach, Balsthal).

Die Landwirtschaft schliesst um 0,7 Mio. Franken und somit um 5 % besser ab als budgetiert.

Das bessere Ergebnis ist auf folgende Hauptfaktoren zurückzuführen:

- Das Ressourcenprogramm «Humus» ist ausgelaufen und benötigte weniger Mittel. Das Nachfolgeprogramm «Staffelkulturen» wird erst im 2024 Beiträge beanspruchen.
- Die effiziente Umsetzung von neuen Bewirtschaftungsmassnahmen (Absenkpfade Nährstoffe und PSM, Schleppschlauchpflicht), die Verzögerung bei den Nachfolgeprojekten der Landschaftsqualitätsbeiträge und geringerer Aufwand beim Leistungsauftrag an die Solothurnische Landwirtschaftliche Kreditkasse führten zu einer Budgetunterschreitung für Leistungen von Dritten.
- Rückstellungen für gefährdete Ertragspositionen konnten aufgelöst werden.
- Die hohe Nachfrage nach Weiterbildungsangeboten am Wallierhof sowie die Zunahme der Schlachtungen im Grossbetrieb führten zu höheren Umsätzen als geplant.

Militär und Bevölkerungsschutz schliesst um 0,2 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Mehreinnahmen bei den Disziplinarstrafgeldern und tiefere Unterhaltskosten im VESO führen zu diesem leicht besseren Ergebnis.

Gerichte in Mio. Fr.	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Aufwand	28.4	29.7	30.3	0.6
Ertrag	-4.6	-5.4	-5.6	-0.2
Interne Verrechnungen	2.6	2.5	2.8	0.3
Saldo	26.4	26.8	27.5	0.7

Das Ergebnis der Erfolgsrechnung wird primär durch zwei Positionen beeinflusst. Bei den Aufwänden fielen die Personalkosten aufgrund von Vakanzen und einem verzögerten Personalaufbau tiefer aus als budgetiert. Gleichzeitig überstiegen bei den Finanzgrössen die Aufwandpositionen «Honorare amtliche Verteidigung», «Unentgeltliche Rechtspflege», «Entschädigungen für Freigesprochene» und «Prozedurkosten» den Voranschlag 2023. Bei der Ertragsposition «Diverse Gebühren» wurde deutlich mehr eingenommen als budgetiert. Bis auf die Personalkosten handelt es sich um Finanzgrössen, welche vom Prozessanfall und -ausgang sowie von den jeweiligen Fallkonstellationen abhängen. Sie sind nicht steuer- und nicht planbar.

1.4.2 Investitionsrechnung

Staatskanzlei in Mio. Fr.	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0

Für das Impulsprogramm SO!Digital 2023-2025 hat der Kantonsrat am 29. März 2023 einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 6,3 Mio. Franken bewilligt, ebenso einen Nachtragskredit in der Höhe von 1,9 Mio. Franken zur Investitionsrechnung VA23 (SGB 192/2022). Die bisher tatsächlich aufgelaufenen Projektausgaben 2023 in der Höhe von 0,5 Mio. Franken wurden nun stattdessen direkt über die Erfolgsrechnung verbucht (Globalbudget «Dienstleistungen der Staatskanzlei»).

Bau- und Justizdepartement in Mio. Fr.	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Ausgaben	79.4	89.8	79.7	-10.1
Einnahmen	-4.1	-8.5	-5.8	2.7
Nettoinvestitionen	75.3	81.3	73.9	-7.4

Im Jahr 2023 wurde der Voranschlag der Nettoinvestitionen im Bereich des Bau- und Justizdepartement um rund 7,4 Mio. Franken unterschritten. Die Nettoinvestitionen lagen damit bei 73,9 Mio. Franken. Im Strassenbau fielen die Nettoinvestitionen infolge Projektverzögerungen um 2,2 Mio. Franken tiefer als budgetiert aus. Im Wasserbau wurde der Voranschlag um 1,2 Mio. Franken unterschritten. Im Hochbau lagen die Nettoinvestitionen aufgrund von Projektverzögerungen und -verschiebungen bei 36,9 Mio. Franken und damit um 4,1 Mio. Franken unter dem Voranschlag.

Departement für Bildung und Kultur				
in Mio. Fr.	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Ausgaben	2.8	2.3	2.8	0.5
Einnahmen	-2.9	-1.7	-2.5	-0.8
Nettoinvestitionen	-0.1	0.6	0.3	-0.3

Die Ausgaben der Rechnung 2023 liegen 0,5 Mio. Franken oder 21,7 % über dem Voranschlag. Die Einnahmen liegen 0,8 Mio. Franken oder 47 % über dem Voranschlag.

Der Hauptgrund für die Abweichungen liegt bei den Investitionsbeiträgen an die Organisationen der Arbeitswelt. Es sind mehr Gesuche eingegangen und es wurden mehr Beiträge ausbezahlt. Diese Ausgaben werden vollständig über die Bundesbeiträge finanziert. Entsprechend liegen auch die Einnahmen höher (0,6 Mio. Franken).

Bei den Ausgaben der Jahre 2022 und 2023 gibt es keine Veränderung.

Die Einnahmen des Jahres 2023 liegen 0,4 Mio. Franken oder 13,8 % unter der Rechnung 2022. Weniger zurückbezahlte Darlehen und tiefere Bundesbeiträge sind die Hauptgründe für diesen Rückgang. Die Darlehen sind innert acht Jahren nach Abschluss zurückzuzahlen. Davon sind die ersten vier Jahre zinsfrei. Auf den Zeitpunkt der Rückzahlung hat die Stipendienabteilung keinen Einfluss.

Finanzdepartement				
in Mio. Fr.	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Ausgaben	5.8	13.0	7.3	-5.7
Einnahmen	-0.3	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	5.5	13.0	7.3	-5.7

Die im Vergleich zum Voranschlag tieferen Ausgaben im Berichtsjahr sind begründet durch Terminverschiebungen, angepasste Zahlungspläne, Ressourcenengpässe auf Seiten Leistungserbringer und Leistungsbezüger.

Departement des Innern				
in Mio. Fr.	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Ausgaben	4.0	3.3	2.4	-0.9
Einnahmen	-0.5	0.0	-0.5	-0.5
Nettoinvestitionen	3.5	3.3	1.9	-1.4

Die Investitionsrechnung schliesst mit Nettoausgaben von 1,9 Mio. Franken tiefer ab als budgetiert. Gründe dafür sind vor allem bauliche oder lieferbedingte Verzögerungen bei Projekten in Abhängigkeit von Dritten bei der Polizei Kanton Solothurn (0,9 Mio. Franken) sowie die Rückzahlung eines Darlehens in Höhe von 0,5 Mio. Franken im Gesundheitsamt.

Volkswirtschaftsdepartement

in Mio. Fr.	RE22	VA23	RE23	Diff. RE/VA
Ausgaben	4.3	5.8	5.6	-0.2
Einnahmen	-2.2	-2.7	-2.5	0.2
Nettoinvestitionen	2.1	3.1	3.1	0.0

Bei den Investitionen gab es keine wesentlichen Abweichungen.

1.5 Globalbudgets

Globalbudgetsaldo (in Mio. Fr.)	RE22	VA23	RE23	Diff. abs. RE/VA23	Diff. % RE/VA23
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	0.8	1.0	1.0	-0.1	-5.6%
Dienstleistungen der Staatskanzlei	9.2	9.8	10.3	0.5	5.0%
Drucksachen und Lehrmittel	2.6	2.6	2.7	0.0	0.1%
Führungsunterstützung BJD und amtliche Geoinformation	3.9	4.7	4.2	-0.5	-11.2%
Raumplanung	3.1	4.0	3.7	-0.3	-7.1%
Hochbau	25.9	26.4	27.4	1.0	3.7%
Strassenbau	29.0	29.6	32.3	2.7	9.0%
Öffentlicher Verkehr	37.8	37.7	37.0	-0.7	-1.9%
Umwelt	9.2	10.4	10.4	0.0	-0.1%
Denkmalpflege und Archäologie	3.1	3.2	3.3	0.1	4.0%
Administrative und technische Verkehrssicherheit	-3.8	-3.2	-4.0	-0.8	24.2%
Staatsanwaltschaft	7.0	7.8	6.8	-1.0	-12.6%
Jugendanwaltschaft	3.1	2.9	3.0	0.1	4.4%
Führungsunterstützung DBK	10.2	10.7	8.9	-1.8	-16.6%
Volksschule	87.0	95.6	99.1	3.5	3.7%
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	9.9	10.7	10.3	-0.4	-3.8%
Mittelschulbildung	38.9	41.0	40.8	-0.2	-0.5%
Berufsschulbildung	32.1	34.7	33.1	-1.5	-4.5%
Kultur und Sport	8.7	9.1	8.8	-0.3	-2.8%
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	1.7	1.8	1.9	0.1	7.0%
Amtschreiberei-Dienstleistungen	-11.0	-10.5	-9.7	0.8	-7.6%
Finanzen und Statistik	-0.7	0.0	0.1	0.2	n.a.
Personalwesen	4.2	4.5	4.8	0.4	8.0%
Steuerwesen	13.7	16.0	14.6	-1.4	-8.8%
Informationstechnologie	19.2	23.1	20.2	-2.9	-12.6%
Staatsaufsichtswesen	1.2	1.3	1.2	-0.1	-8.2%
Führungsunterstützung Ddl, Swisslos-Fonds und Oberämter	4.6	5.1	4.9	-0.2	-4.0%
Gesundheitsversorgung	44.4	47.2	45.4	-1.8	-3.8%
Gesellschaft und Soziales	15.0	16.7	16.7	0.1	0.4%
Migration	3.8	4.5	3.2	-1.3	-27.9%
Justizvollzug	8.0	8.7	8.7	0.0	-0.3%
Polizei	86.8	90.8	90.3	-0.5	-0.6%
Führungsunterstützung VWD, Standortförderung, Aussenkontakte und Stiftungsaufsicht	2.6	5.0	4.2	-0.8	-16.5%
Wirtschaft und Arbeit	2.7	0.7	0.6	-0.1	-11.8%
Energiefachstelle	0.6	1.0	0.7	-0.3	-32.2%
Gemeinden und Zivilstandsdienst	2.7	3.3	2.9	-0.4	-12.1%
Wald, Jagd und Fischerei	3.1	4.0	3.4	-0.5	-13.6%
Landwirtschaft	9.3	10.2	9.6	-0.6	-6.1%
Militär und Bevölkerungsschutz	4.8	4.9	4.7	-0.2	-3.2%
Gerichte	17.9	17.3	16.4	-0.9	-5.4%
Total Aufwandüberschuss	552.3	594.2	584.1	-10.2	-1.7%

2 Rahmenbedingungen

Materiell waren vor allem die folgenden finanzpolitischen Rahmenbedingungen und Budgetbeschlüsse zu berücksichtigen:

Konjunkturdaten 2023

Die Expertengruppe des Bundes geht für 2023 von einem sporteventbereinigten BIP-Wachstum von 1,3 % aus (Stand 15. Dezember 2023). Es deutet alles auf eine moderate Entwicklung der Schweizer Wirtschaft in naher Zukunft hin. Die Arbeitslosenquote liegt mit 2,0 % leicht unter dem Vorjahr (2,2 %) und auch der Landesindex der Konsumentenpreise ist mit 2,1 % stark zurückgegangen. Die Teuerung 2022 betrug durchschnittlich 2,8 %.

Staatssteuer

Die Staatssteueransätze blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert und betragen für natürliche Personen 104 % und für juristische Personen 100 %. Die vollständige Umsetzung der STAF führte 2022 zu weniger Mindererträgen als erwartet, so dass im Voranschlag 2023 höhere Staatssteuererträge budgetiert wurden. Diese konnten sowohl bei den natürlichen Personen als auch bei den juristischen Personen übertroffen werden.

Löhne

Im Herbst 2022 haben sich die Vertragsparteien auf einen Teuerungsausgleich von 1,5 % ab dem 1. Januar 2023 geeinigt (RRB Nr. 2022/1659 vom 7. November 2022). Im Voranschlag 2023 wurde in der Folge der Personalaufwand um 7,4 Mio. Franken erhöht und weitere 2,5 Mio. Franken für Schülerpauschalen, Beiträge an Sonderschulen und -heime, Musikschulen, die Stiftung Zentralbibliothek Solothurn sowie an das Museum Altes Zeughaus, welche ebenfalls abhängig sind von der Teuerung, eingestellt.

Ausfinanzierung Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO)

Nach dem Volksentscheid vom 28. September 2014 wurde die Pensionskasse Kanton Solothurn für 1,1 Mrd. Franken ausfinanziert. Die Abschreibungskosten des Finanzfehlbetrages von jährlich 27,3 Mio. Franken während den nächsten 40 Jahren sind in der Rechnung 2023 enthalten. Ebenfalls sind die Leistungen der Versicherten, der Solothurner Spitäler AG (soH) und der Schulgemeinden entsprechend mitberücksichtigt (4,5 % der Arbeitgeberbeiträge an die Ausfinanzierungskosten). Per 31. Dezember 2023 beträgt der Stand des Ausfinanzierungsdarlehens gegenüber der PKSO noch 264,1 Mio. Franken.

Treibstoffzollanteil, LSVA und Globalbeiträge Hauptstrassen

Der Allgemeine Treibstoffzollanteil von 7,8 Mio. Franken (Vorjahr: 8,0 Mio. Franken) sowie die Globalbeiträge des Bundes an die Hauptstrassen gemäss NFA von 2,3 Mio. Franken (analog dem Vorjahr) wurden vollumfänglich der Strassenrechnung zugewiesen. Der Ertrag aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) von 13,0 Mio. Franken (Vorjahr: 13,5 Mio. Franken) wurde zur Hälfte der Strassenrechnung zugewiesen.

Rückstellungen

Mit dem Rechnungsabschluss 2023 wurde folgende Rückstellung erhöht:

- Bürgerschaftsverluste Wirtschaftsförderung 0,2 Mio. Franken

Folgende Rückstellungen wurden vermindert:

- Planungsmehrwert Attisholz-Süd 1,9 Mio. Franken
- Dienststellen 1,3 Mio. Franken

Folgende Rückstellungen wurden aufgelöst:

- Ertragsausfälle Spitäler (COVID-19) 8,2 Mio. Franken

Verzinsung Spezialfinanzierungen

Im Rechnungsjahr 2023 wurde, wenn es das Gesetz explizit vorsieht, eine Verzinsung der Spezialfinanzierungen vorgenommen.

Formelle Grundlage

Formell richtet sich der Geschäftsbericht 2023 nach der per 1. Januar 2005 in Kraft getretenen WoV-Gesetzgebung (Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003; WoV-G;

BGS 115.1). Für den Geschäftsbericht findet insbesondere § 24 WoV-G Anwendung.

3 Die grössten Aufwandpositionen

3.1 Besoldungskosten

Vergleich der Besoldungskosten Voranschlag / Rechnung 2023 (in Mio. Franken):

Departement	VA23	RE23	Diff. abs.	Diff. in %
Behörden	3.3	3.3	0.0	-0.4%
Staatskanzlei	6.5	6.3	-0.2	-3.0%
Bau und Justiz	58.1	56.0	-2.1	-3.7%
Bildung und Kultur				
- Lehrkräfte	88.2	87.3	-0.8	-0.9%
- Verwaltungspersonal	38.1	39.2	1.2	3.1%
Finanz	58.2	57.3	-0.9	-1.5%
Inneres	114.6	112.7	-2.0	-1.7%
Volkswirtschaft	38.6	37.0	-1.6	-4.1%
Gerichte				
- Richter	5.4	4.8	-0.5	-9.5%
- Verwaltungspersonal	12.8	12.5	-0.3	-2.5%
Total Besoldungen	423.8	416.6	-7.2	-1.7%

Die obige Tabelle zeigt, dass die Besoldungen gegenüber dem Voranschlag 7,2 Mio. Franken oder 1,7 % tiefer ausgefallen sind. Die wesentlichsten Abweichungen erklären sich wie folgt:

- In der Staatskanzlei führte die geringe Anzahl von Rechtspraktikanten zu tieferen Besoldungskosten.
- Im Bau- und Justizdepartement wurden die veranschlagten Besoldungskosten aufgrund verschiedener Vakanzes und länger dauernden Wiederbesetzungen unterschritten (insbesondere Motorfahrzeugkontrolle, Hochbauamt, Amt für Verkehr und Tiefbau, Amt für Geoinformation, Amt für Raumplanung und Amt für Umwelt).
- Im Departement für Bildung und Kultur umfasst das Verwaltungspersonal auch Schulhilfen sowie Sozialbetreuerinnen und Sozialbetreuer im Heilpädagogischen Schulzentrum (HPSZ). Sowohl die Budgetunterschreitung bei den Lehrkräften als auch die Überschreitung beim Verwaltungspersonal ist im HPSZ angesiedelt. Aufgrund des Fachkräftemangels konnten nicht wie geplant Lehr- und Logopädiepersonen rekrutiert werden. In Olten, Solothurn und Balsthal wurden Bereichsleitungen für den Kognitionsbereich aufgebaut und somit zusätzliche Stellen geschaffen. Als Vorgabe von optiSO+ hat Olten auf das neue Schuljahr hin grössere Klassen gebildet. Dadurch werden mehr Schulhilfen im Kognitions- und im Verhaltensbereich benötigt. In Solothurn wurde eine neue SpezA VK-Klasse eröffnet und in Balsthal steigt die Anzahl der Schülerinnen und Schüler. Es werden mehr Schulhilfen und Sozialpädagogen benötigt, da die Rekrutierung von Lehrpersonen schwierig ist.

- Der Minderaufwand beim Finanzdepartement resultiert aus Stellen beim Steueramt und bei den Amtschreibereien, die nicht oder nur verzögert besetzt werden konnten.
- Im Departement des Innern wurden die veranschlagten Besoldungskosten hauptsächlich durch längerfristige Vakanzen, Fluktuationen sowie die raschere Aufhebung der im Voranschlag enthaltenen befristeten Stellen zur Bewältigung der Corona-Pandemie unterschritten.
- Im Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) konnte gegenüber dem Vorjahr aufgrund der rückläufigen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeitsentschädigungen, bei der Arbeitslosenkasse (ALK) und den Regionalen Arbeitsvermittlungen (RAV), das Personal reduziert werden. Bei der Fachstelle Standortförderung blieben zwei Vakanzen unbesetzt. Bei den Härtefallmassnahmen wurde die budgetierte Stelle nicht besetzt und als Auftrag extern vergeben. Am Wallierhof werden dank hoher Nachfrage in der landwirtschaftlichen Grundbildung weiterhin zwei zusätzliche Klassen geführt. In der Landwirtschaft waren im Bereich Lebensmittelsicherheit wegen den deutlich höheren Schlachtzahlen im Grossbetrieb mehr personellen Ressourcen erforderlich. Bei den restlichen Ämtern ergaben sich dagegen nur unwesentliche Änderungen bei den Personalkosten.
- Die Differenz bei den Besoldungskosten der Richterinnen und Richter ist auf Vakanzen und Planungsunschärfen im Zusammenhang mit neu zu besetzenden Richterstellen zurückzuführen. Auch die Kommissions- und Sitzungsgelder des Steuergerichts und der Schätzungskommission fielen tiefer aus.

Vergleich der Besoldungskosten Rechnung 2022 / Rechnung 2023 (in Mio. Franken):

Departement	RE22	RE23	Diff. abs.	Diff. in %
Behörden	3.2	3.3	0.1	3.9%
Staatskanzlei	5.8	6.3	0.5	9.3%
Bau und Justiz	55.1	56.0	0.9	1.6%
Bildung und Kultur				
- Lehrkräfte	85.9	87.3	1.4	1.6%
- Verwaltungspersonal	37.2	39.2	2.0	5.4%
Finanz	55.6	57.3	1.7	3.1%
Inneres	111.5	112.7	1.2	1.1%
Volkswirtschaft	37.3	37.0	-0.3	-0.9%
Gerichte				
- Richter	4.8	4.8	0.0	0.5%
- Verwaltungspersonal	11.6	12.5	0.9	8.2%
Total Besoldungen	408.1	416.6	8.5	2.1%

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Besoldungsaufwand um 8,5 Mio. Franken oder 2,1 %. Ein grosser Teil dieses Kostenanstiegs liegt am Teuerungsausgleich von 1,5 %, der ab 1. Januar 2023 auf allen Löhnen ausbezahlt wurde. Zusätzlich zu erwähnen sind:

- Eine leichte Zunahme der Besoldungskosten bei den Behörden hat sich mit dem Aufbau von

Personalressourcen für das Projekt Ratsinformationssystem RIS ergeben.

- In der Staatskanzlei führte insbesondere der Aufbau zusätzlicher Personalressourcen im Zusammenhang mit der Umsetzung der kantonalen Digitalisierungsstrategie SO!Digital (Impulsprogramm 2023-2025, SGB 192/2022) zu einem markanten Anstieg der Besoldungskosten.
- Die Zunahme im Bau- und Justizdepartement ist hauptsächlich auf die Teuerungszulage zurückzuführen.
- Im Departement für Bildung und Kultur wirkt sich die im Jahr 2023 gewährte Teuerungszulage von 1,5 % mit 2,9 Mio. Franken aus. Das Verwaltungspersonal umfasst auch Schulhilfen sowie Sozialbetreuerinnen und Sozialbetreuer im HPSZ. Mehr Schülerinnen und Schüler an den Mittelschulen (MAR und FMS) führten ebenfalls zum Anstieg bei den Lehrkräften.
- Im Finanzdepartement ist die Zunahme der Besoldungskosten auf zusätzliche Stellen beim Steueramt und beim Amt für Informatik und Organisation zurückzuführen.
- Die Zunahme der Besoldungskosten im Departement des Innern ist vorwiegend auf den bewilligten Stellenaufbau der Polizei Kanton Solothurn und die Integration der Stadtpolizei Grenchen zurückzuführen.
- Im Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) konnte gegenüber dem Vorjahr aufgrund der rückläufigen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeitsentschädigungen, bei der Arbeitslosenkasse (ALK) und den Regionalen Arbeitsvermittlungen (RAV), das Personal reduziert werden. Am Wallierhof werden dank hoher Nachfrage in der landwirtschaftlichen Grundbildung weiterhin zwei zusätzliche Klassen geführt. In der Landwirtschaft waren im Bereich Lebensmittelsicherheit wegen den deutlich höheren Schlachtzahlen im Grossbetrieb mehr personellen Ressourcen erforderlich. Der damit verbundene Mehraufwand ist mit Gebühren finanziert. Bei den restlichen Ämtern ergaben sich dagegen nur unwesentliche Änderungen bei den Personalkosten.
- Die Besoldungskosten der Gerichte spiegeln den Personalaufbau wider.

3.1.1 Pensenübersicht

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung der Stellenprozente pro Globalbudget gegenüber dem Vorjahr ersichtlich. Dazu zählen alle Mitarbeitenden und Lehrpersonen, welche unbefristet, befristet oder stundenweise mit variablem Pensum angestellt sind.

GB-Name	Pensenbestand per		Differenz RE23/RE22	
	31.12.2022	31.12.2023	absolut	in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	6.1	7.8	1.7	27.9%
Dienstleistungen der Staatskanzlei	40.7	44.1	3.4	8.4%
Drucksachen und Lehrmittel	6.5	6.2	-0.3	-4.6%
Total Behörden / Staatskanzlei	53.3	58.1	4.8	9.0%
Führungsunterstützung BJD und amtliche Geoinformation	23.2	25.0	1.8	7.8%
Raumplanung	27.1	25.4	-1.7	-6.3%
Hochbau	64.8	65.5	0.7	1.1%
Strassenbau	118.7	121.1	2.4	2.0%
Öffentlicher Verkehr	4.5	4.5	0.0	0.0%
Umwelt	53.1	53.3	0.2	0.4%
Denkmalpflege und Archäologie	14.9	15.8	0.9	6.0%
Administrative und technische Verkehrssicherheit	101.2	102.6	1.4	1.4%
Staatsanwaltschaft	76.1	77.3	1.2	1.6%
Jugendanwaltschaft	7.7	8.5	0.8	10.4%
Total Bau- und Justizdepartement	491.3	499.0	7.7	1.6%

GB-Name	31.12.2022	31.12.2023	absolut	in %
Führungsunterstützung DBK	11.6	10.7	-0.9	-7.8%
Volksschule	275.7	270.1	-5.6	-2.0%
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	41.3	42.9	1.6	3.9%
Mittelschulbildung	305.1	313.4	8.3	2.7%
Berufsschulbildung	304.0	308.2	4.2	1.4%
Kultur und Sport	11.9	11.7	-0.2	-1.7%
Total Departement Bildung und Kultur	949.6	957.0	7.4	0.8%
Führungsunterstützung FD/Amtschreibereiaufsicht	9.4	10.3	0.9	9.6%
Amtschreiberei-Dienstleistungen	180.5	181.1	0.6	0.3%
Finanzen und Statistik	21.3	21.3	0.0	0.0%
Personalwesen	22.4	23.8	1.4	6.3%
Steuerwesen	195.7	206.8	11.1	5.7%
Informationstechnologie	59.1	61.4	2.3	3.9%
Staatsaufsichtswesen	7.4	7.8	0.4	5.4%
Total Finanzdepartement	495.8	512.5	16.7	3.4%
Führungsunterstützung DDI, Swisslos-Fonds und Oberämter	36.5	38.1	1.6	4.4%
Gesundheitsversorgung	67.6	51.0	-16.6	-24.6%
Gesellschaft und Soziales	91.2	95.0	3.8	4.2%
Migration	61.8	63.5	1.7	2.8%
Justizvollzug	190.9	192.1	1.2	0.6%
Polizei	571.1	592.4	21.3	3.7%
Total Departement des Innern	1'019.1	1'032.1	13.0	1.3%
Führungsunterstützung VWD, Standortförderung, Aussenkontakte und Stiftungsaufsicht	11.8	16.9	5.1	42.8%
Wirtschaft und Arbeit	159.9	136.8	-23.1	-14.4%
Energiefachstelle	6.5	7.9	1.4	21.5%
Gemeinden und Zivilstandsdienst	34.3	34.5	0.2	0.6%
Wald, Jagd und Fischerei	17.4	18.5	1.1	6.1%
Landwirtschaft	74.0	79.6	5.6	7.5%
Militär und Bevölkerungsschutz	29.0	31.3	2.3	7.9%
Total Volkswirtschaftsdepartement	332.9	325.4	-7.5	-2.3%
Gerichte	122.6	135.2	12.6	10.3%
Total Gerichte	122.6	135.2	12.6	10.3%
Total Globalbudgets	3'464.6	3'519.3	54.7	1.6%

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Pensenbestand um insgesamt 54,7 Pensen oder 1,6 %. Dies sind 11,8 Pensen (0,3 %) mehr als im Voranschlag 2023 vorgesehen. Die Entwicklung pro Departement zeigt sich wie folgt:

- Bei den Parlamentsdiensten erfolgte im Verlauf des Berichtsjahres ein Transfer von Aktuariatspensen von der Staatskanzlei. Zudem besteht per Ende 2023 eine Doppelbesetzung im Rahmen einer Nachfolgeregelung (Pensionierung).
- Der Pensenanstieg in der Staatskanzlei ist auf das vom Kantonsrat am 29. März 2023 genehmigte Impulsprogramm 2023-2025 (SGB 192/2022) zurückzuführen, zum einen auf den Ausbau des Kompetenzzentrums Digitale Verwaltung, zum andern auf die Bildung des Digital Teams innerhalb der Staatskanzlei. Demgegenüber steht ein kleiner Pensenrückgang infolge eines Transfers von Aktuariatspensen zu den Parlamentsdiensten.
- Der Anstieg der Pensen um 1,6 % beim Bau- und Justizdepartement ergibt sich durch verschiedene kleinere Verschiebungen, zudem konnten einzelne längere Vakanzen besetzt werden. Weiter

konnten die Stelle eines Business Analysten im Rahmen des Impulsprogrammes SO!Digital sowie eine Stelle für den künftigen Betrieb des Kompetenzzentrums elektronisches Baugesuchsverfahren besetzt werden. Damit liegt der Mitarbeiterbestand des Bau- und Justizdepartements per Stichtag bei 499,0 Pensen und damit 7,7 Pensen höher als zum Stichtag im Vorjahr. Der Mittelwert über die Monate liegt dagegen bei 488,5 Pensen und damit um 0,2 Pensen über dem Vorjahr.

- Im Globalbudget Führungsunterstützung DBK lag der Stellenbestand am 31.12.2023 0,9 Stellen unter dem Stellenbestand des Jahres 2022. Dies ist vorwiegend auf die vakanten Stellen im Controlling (1,0 Stellen) und in der Administration (0,8 Stellen) zurückzuführen. Im September wurde der Business Analyst angestellt (0,8 Stellen). Es handelt sich um eine neue Stelle.
- Im Globalbudget Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen führen die Schaffung einer Vollzeitstelle im Case Management Berufsbildung (wird von der IV finanziert) sowie die Umsetzung des Regierungsratsbeschlusses «Bildung und Digitalisierung» (RRB Nr. 2021/251 vom 01.03.2021) zum Pensenanstieg.
- Das Steueramt konnte im Berichtsjahr einerseits zahlreiche vakante Stellen wiederbesetzen und andererseits waren zusätzliche Stellen für die Informatikprojekte sowie die Umsetzung des freiwilligen Einheitsbezugs erforderlich.
- Das Amt für Informatik und Organisation konnte vakante Stellen besetzen und damit den geplanten Stellenausbau für die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie realisieren.
- Im Departement des Innern wurden bei der Polizei Kanton Solothurn im Rahmen der bewilligten Korpserhöhung sowie der Umsetzung der Integration der Stadtpolizei Grenchen Stellen aufgebaut. Im Departementssekretariat konnten Stellen für die Umsetzung des Impulsprogramms Digitalisierung im DDI sowie die Stelle der Risiko- und Informationssicherheitsverantwortlichen besetzt werden. Im Amt für Justizvollzug wurden die im Rahmen des Globalbudgets bewilligten Stellen im Bereich Sicherheit der Justizvollzugsanstalt (JVA) Solothurn sowie befristete Stellen zur Stabilisierung im Straf- und Massnahmenvollzug besetzt. Ein befristeter Stellenaufbau war auch notwendig im Amt für Gesellschaft und Soziales für die Bewältigung der hohen Asylfallzahlen. Im Migrationsamt war einerseits ein befristetes Engagement für die Tätigkeit der Übergabe inaktiver Dossiers an das Staatsarchiv nötig, andererseits wurden Verstärkungen für das Ausweiszentrum aufgrund der erhöhten Nachfrage nach Reisedokumenten sowie für das Team Asyl für die Bewältigung der Thematik der Schutzsuchenden aus der Ukraine benötigt. Im Gesundheitsamt konnten die befristeten Stellen, welche zur Bewältigung der Corona Pandemie nötig waren, bis Ende Jahr vollständig aufgehoben werden.
- In der Führungsunterstützung VWD kamen mit der Fachstelle Standortförderung sechs Mitarbeitende mit insgesamt 5,0 Pensen von Wirtschaft und Arbeit zum Departementssekretariat.
- Im Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) konnte gegenüber dem Vorjahr aufgrund der rückläufigen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeitsentschädigungen bei der Arbeitslosenkasse (ALK) und den Regionalen Arbeitsvermittlungen (RAV) das Personal reduziert werden. Weiter gingen die oben beschriebenen sechs Mitarbeitende mit 5,0 Pensen vom AWA zum Departementssekretariat.
- In der Energiefachstelle konnte eine Vakanz besetzt werden. Die hohe Anzahl an Fördergesuchen für die Förderung der Energieeffizienz und der Förderung der erneuerbaren Energien erforderte in der zweiten Jahreshälfte eine leichte Überschreitung der budgetierten Pensen.
- Bis Ende 2023 konnten in der Landwirtschaft alle noch offenen Stellen besetzt werden. Am Wallierhof werden dank hoher Nachfrage in der landwirtschaftlichen Grundbildung weiterhin zwei zusätzliche Klassen geführt. Die dazu erforderlichen personellen Ressourcen konnten dank hohem Engagement und Flexibilität seitens Schulleitung und Mitarbeitenden sichergestellt werden. Im Bereich Lebensmittelsicherheit waren wegen den deutlich höheren Schlachtzahlen im Grossbetrieb mehr personellen Ressourcen erforderlich. Der damit verbundene Mehraufwand ist mit Gebühren finanziert.
- Bei Militär und Bevölkerungsschutz wurde für den Sonderstab Energie eine zeitlich befristete Stelle Kommunikation geschaffen. Weiter gab es in verschiedenen Abteilungen kleine Pensenänderungen.
- Der Pensenbestand der Gerichte spiegelt den Stellenaufbau wider und liegt insgesamt 1,2 Pensen

über dem Planwert 2023. Eine zusätzliche Stelle wurde im Rahmen der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie «Impulsprogramm SO!Digital 2023 – 2025» geschaffen (SGB 0192/2022; RRB Nr. 2022/1575 vom 24. Oktober 2022). Ferner wurde der Stellenetat bei der zentralen Gerichtskasse nach einer Reduktion um 0,2 Pensen erhöht, weil die für die Reduktion massgebenden Entlastungen nicht im erhofften Ausmass realisiert werden konnten.

3.1.2 Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen

Die Arbeitgeberbeiträge an die staatliche Pensionskasse und die Sozialversicherungen sind den Dienststellen zugewiesen. Der Gesamtbetrag beträgt 86,4 Mio. Franken. Das entspricht 20,7 % der Besoldungskosten.

3.2 Nettoaufwand für einzelne Schultypen

Die folgende Tabelle orientiert über den Nettoaufwand für die einzelnen Schultypen (in Mio. Franken). Es handelt sich um Aufwendungen für die kantonalen Schulen, den Beitrag an die Fachhochschule Nordwestschweiz sowie die Kantonsbeiträge für Solothurner Studierende an den universitären Hochschulen.

Jahr	Volks- schulen	Mittel- schulen	Berufsfach- schulen	Fachhoch- schule	Universi- täten	Total
2019	196,9	49,0	43,2	37,2	32,4	358,7
2020	196,2	49,1	42,3	37,2	33,2	358,0
2021	204,1	50,0	42,3	37,6	35,3	369,3
2022	208,2	49,9	43,3	37,8	34,8	374,0
2023	225,4	51,8	44,6	37,8	33,6	393,2

Die Abweichung zwischen den Rechnungen 2022 und 2023 beträgt 19,2 Mio. Franken oder 5,1 %.

Der Bereich Volksschulen ist um 17,2 Mio. Franken oder 8,3 % gegenüber der Rechnung 2022 angestiegen. Er ist Folge von mehr Schülerinnen und Schülern in den kantonalen Spezialangeboten 10,4 Mio. Franken, höheren Beiträgen an Gemeinden für die Schülerpauschale aufgrund von Demografie 5,0 Mio. Franken und der Teuerungszulage von 1,5 %, die rund 1,2 Mio. Franken ausmacht.

Der Anstieg bei den Mittelschulen zwischen den Jahren 2022 und 2023 um 1,9 Mio. Franken oder 3,8 % ist auf die Teuerungszulage 0,8 Mio. Franken und mehr Schülerinnen und Schüler zurückzuführen.

Der Anstieg bei den Berufsfachschulen um 1,3 Mio. Franken oder 3 % ist auf die Teuerungszulage 0,8 Mio. Franken und Mindererträge Schulgelder (0,2 Mio. Franken Sonderzahlung für die Ukraine-Klasse im Integrationsjahr sowie Integrationsvorlehre), Schulgelder von Ausserkantonalen (0,3 Mio. Franken weniger ausserkantonale Lernende an der GIBS und im EBZ) zurückzuführen.

Der Betrag an Universitäten liegt 1,2 Mio. Franken tiefer. Die Anzahl der Studierenden an Universitäten, für welche der Kanton Beiträge leisten musste, ist um 48 zurückgegangen.

3.3 Nettoverschuldung und Zinsendienst

3.3.1 Nettoverschuldung

Die Nettoverschuldung - verstanden als Differenz zwischen den gesamten fremden Mitteln (kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapital sowie Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen) einerseits und dem Finanzvermögen (frei verfügbare flüssige Mittel, Guthaben, Anlagen) andererseits - hat sich wie folgt entwickelt:

Nettoverschuldung (in Mio. Franken)	2019	2020	2021	2022	2023
Fremdkapital*	2'604,1	2'397,5	2'455,4	2'281,5	2'290,6
inkl. Spezialfinanzierungen FK Spezialfinanzierungen (netto)					
./. Finanzvermögen	1'258,0	1'103,9	1'256,9	1'323,8	1'291,4
Nettoverschuldung	1'346,1	1'293,6	1'198,5	957,7	999,2

*) ohne Darlehen der Landwirtschaftlichen Kreditkasse (2023 total 89,8 Mio. Franken)

Die Nettoverschuldung 2023 hat gegenüber dem Vorjahr um 41,5 Mio. Franken zugenommen. Sie ist auf den Selbstfinanzierungsgrad von 52 % zurückzuführen.

3.3.2 Nettozinsaufwand

Für die Berechnung des Nettozinsaufwandes werden den Passivzinsen die Vermögenserträge gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 2019 präsentiert sich wie folgt:

Zinsendienst (in Mio. Franken)	2019	2020	2021	2022	2023
Passivzinsen	23,8	22,8	23,2	21,2	21,3
Vermögenserträge*	9,8	6,1	6,2	7,8	10,9
Nettozinsaufwand bzw. -ertrag	14,0	16,7	17,0	13,4	10,4
Total Staatssteuern	872,7	851,4	864,0	898,3	911,3
Nettozinsaufwand in % Staatssteuern	1,6	2,0	2,0	1,5	1,1

*) exkl. Buchgewinne

Im Jahr 2023 wird ein Nettozinsaufwand von 10,4 Mio. Franken ausgewiesen (2022: 13,4 Mio. Franken). Die Abnahme ist einerseits auf die Zunahme des Verzugszinsertrages auf Steuern von 1,0 Mio. Franken zurückzuführen, andererseits hat der Zinsertrag für Festgelder um 2,2 Mio. Franken zugenommen. Gemessen am Ertrag der gesamten Staatssteuer beträgt der Nettozinsaufwand 1,1 %, d.h. von 100 Franken Steuerertrag müssen 1,1 Franken für den Nettozinsendienst ausgegeben werden.

3.4 Abschreibungen

3.4.1 Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden aufgrund des Standes am 31. Dezember 2023, d.h. nach den Aktivierungen, vorgenommen. Das den Abschreibungen unterliegende Verwaltungsvermögen wird in der Bilanz unter den Positionen Sachgüter, bedingt rückzahlbare Darlehen Öffentlicher Verkehr und Investitionsbeiträge ausgewiesen. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen veränderte sich 2023 wie folgt:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen in Mio. Franken

	2022	2023
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 1. Januar	1'523,5	1'282,6
Abzuschreibende Nettoinvestitionen laufendes Jahr (Sachanlagen, Investitionsbeiträge)	88,8	82,1
Liegenschaftsübertragung an soH	-267,0	
Verwaltungsvermögen per Ende Rechnungsjahr vor Abschreibungen	1'345,3	1'364,7
Ordentliche Abschreibungen (Sachanlagen, Investitionsbeiträge)	62,7	70,2
Restbuchwert per 31. Dezember	1'282,6	1'294,4

Mit HRM2 wird das Verwaltungsvermögen im Gegensatz zur früheren Abschreibungspraxis von 10 % bzw. 100 % bei Spezialfinanzierungen nun linear auf der Basis der Nutzungsdauer je Anlagekategorie abgeschrieben. Zusätzliche Abschreibungen werden nicht zugelassen. Auf dem abzuschreibenden Verwaltungsvermögen (Sachanlagen, Investitionsbeiträge) wurden Abschreibungen von insgesamt 70,2 Mio. Franken vorgenommen.

Der Gesamtabschreibungssatz des Verwaltungsvermögens wird wie folgt berechnet:

Total abzuschreibende Aktiven	1'364,7
Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	70,2
Gesamtabschreibungssatz (in %) = (70,2 Mio. Fr. x 100) / 1'364,7 Mio. Fr.	5,1%

3.4.2 Finanzvermögen

Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen erreichen im Rechnungsjahr den Betrag von 22,8 Mio. Franken (Vorjahr: 20,9 Mio. Franken). Der grösste Teil entfällt auf das Steueramt:

	in Mio. Fr.
Uneinbringliche Steuerforderungen	15,5
Erlassene Steuerforderungen	0,6
Total	16,1

Die auf den Staatssteuern abgeschrieben Beträge machen 1,8 % des gesamten Staatssteuerertrages aus (Vorjahr 1,6 %).

Weiter mussten die Strafverfolgung und Justizadministration 3,9 Mio. Franken, die Gerichte 1,8 Mio. Franken, die Motorfahrzeugkontrolle 0,4 Mio. Franken, die Amtschreibereien und die Stipendienabteilung je 0,2 Mio. Franken und das Departement des Inneren 0,1 Mio. Franken Forderungen abschreiben.

Die Konten des Finanzvermögens wurden per 31. Dezember 2023 einer Neubewertung unterzogen. Diese hat eine Aufwertung von 0,5 Mio. Franken ergeben. Dieser Neubewertungsgewinn wurde erfolgswirksam verbucht.

3.5 Strassenrechnung

Strassenrechnung (Totalbestand in Mio. Franken)



Die Ausgaben im Strassenbau sind über die Strassenrechnung gedeckt. Im Jahr 2023 wurden netto 36,9 Mio. Franken in den Kantonsstrassenbau und 9,6 Mio. Franken in Hochbauten (MFK/Werkhöfe/Salzlager) investiert. Aufgrund der entsprechend abgerechneten Bauarbeiten und den zweckgebundenen Einnahmen aus der Motorfahrzeugsteuer nehmen die Rücklagen für die Strassenrechnung im Jahr 2023 um 12,3 Mio. Franken ab und sinken auf 103,0 Mio. Franken per 31.12.2023. Das entspricht einer

Abnahme von 10,7 % im Vergleich zu 2022.

Der Bilanzfehlbetrag bei den Gesamtverkehrsprojekten steigt von 5,4 Mio. Franken auf 8,9 Mio. Franken. Die definitive Abrechnung soll bis Ende 2025 abgeschlossen sein.

Ab 2023 ist der befristete Zuschlag von 15 % auf der Motorfahrzeugsteuer weggefallen und im Vergleich zum Vorjahr wurden so 9,6 Mio. Franken weniger eingenommen.

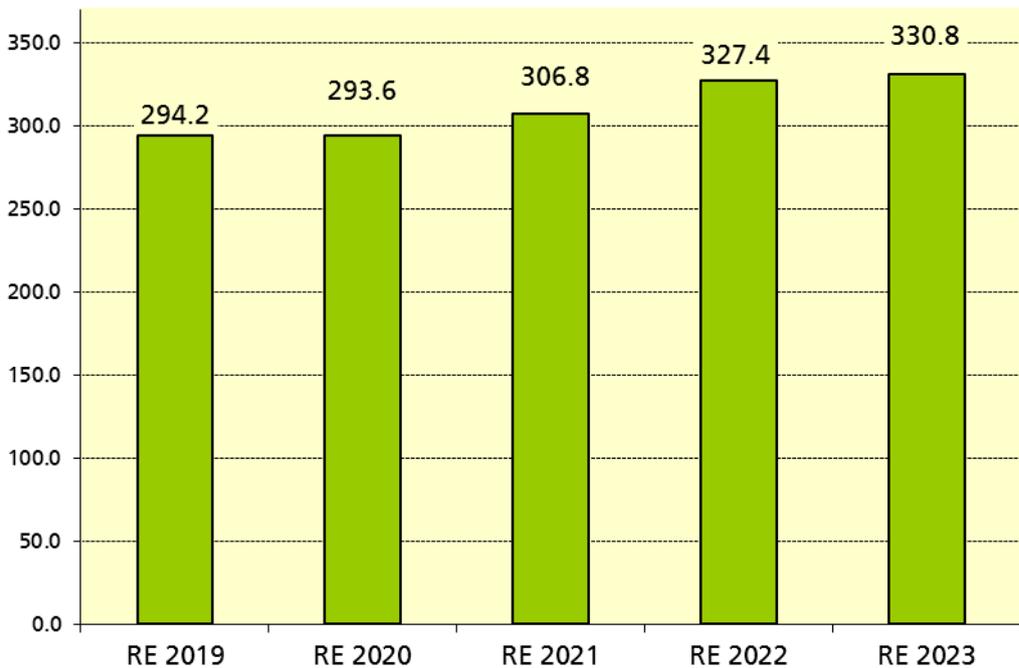
3.6 Gesundheit

Die Kosten für den Bereich Gesundheit betragen 2023 einschliesslich Globalbudget 395,1 Mio. Franken, was im Vergleich zur Rechnung 2022 Mehrkosten von 15,8 Mio. Franken bedeutet. Gründe für diese Abweichung sind hauptsächlich Covid-19 bedingte Sondereffekte im Rechnungsjahr 2022. Einerseits resultierte 2022 ein Minderaufwand in der Finanzgrösse COVID-19 Gesundheitskosten durch nicht benötigte Rückstellungen, während das Globalbudget andererseits durch eine tiefere Abgeltung der Leistungsaufträge der soH entlastet wurde. Bei der Ärztlichen Weiterbildung ist der kantonale Beitrag aufgrund des Inkrafttretens des Konkordats um 2,2 Mio. Franken höher ausgefallen als im Vorjahr.

Die Kosten der Verlustscheine KVG entwickelten sich wie folgt:

RE 2019	RE2020	RE2021	RE2022	RE2023
11,2 Mio.	12,3 Mio.	11,0 Mio.	11,0 Mio.	11,6 Mio.

Spitalbehandlungen gemäss KVG (in Mio. Franken)



Die Kosten der Spitalbehandlungen gemäss KVG betragen 2023 330,8 Mio. Franken, was einer Erhöhung um 3,4 Mio. Franken respektive 1,0 % entspricht. Gegenüber dem Voranschlag sind sie 5,8 Mio. Franken höher ausgefallen (1,8 %). Grund dafür ist, dass zum Zeitpunkt der Festlegung des Voranschlags 2023 noch nicht bekannt war, dass das Rechnungsjahr 2022 einen sehr hohen Zuwachs in der Aufwandentwicklung ausweisen wird. Der Voranschlag 2023 lag daher 2,4 Mio. Franken tiefer als die Rechnung 2022 (327,4 Mio. Franken).

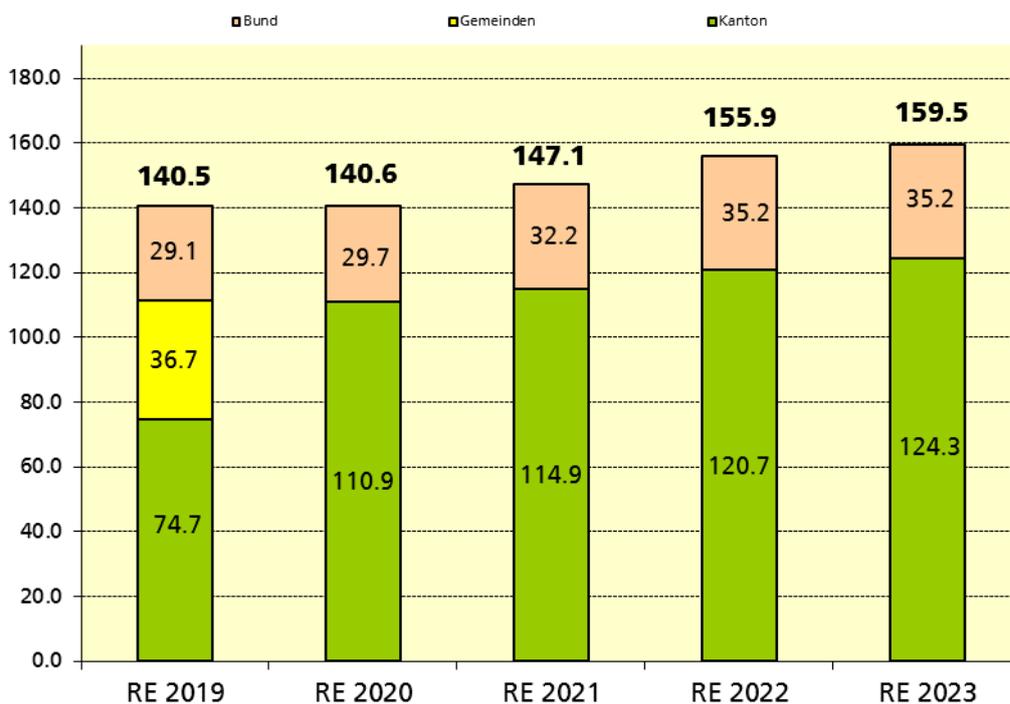
3.7 Gesellschaft und Soziales

Die Bruttoaufwendungen für die soziale Sicherheit inklusive Globalbudget betragen 2023 653,0 Mio. Franken. Diesen Aufwendungen stehen Erträge von 362,4 Mio. Franken gegenüber, woraus sich eine Nettobelastung von 290,6 Mio. Franken ergibt.

Das Globalbudget allein schliesst mit einem Saldo von 16,7 Mio. Franken und somit 0,1 Mio. Franken über dem Budget und 1,7 Mio. Franken höher als im Vorjahr ab. Gründe sind insbesondere höhere Personalkosten sowie moderate Mehrkosten beim kantonalen Integrationsprogramm KIP 2bis.

Der Nettoaufwand der Finanzgrössen (Sozialversicherungen und Ergänzungshilfen) beträgt 2023 273,9 Mio. Franken, was gegenüber 2022 einer Erhöhung der Kosten um 22,5 Mio. Franken (8,9 %) entspricht. Gegenüber dem Voranschlag 2023 fallen die Kosten um 1,8 Mio. Franken (0,7 %) tiefer aus.

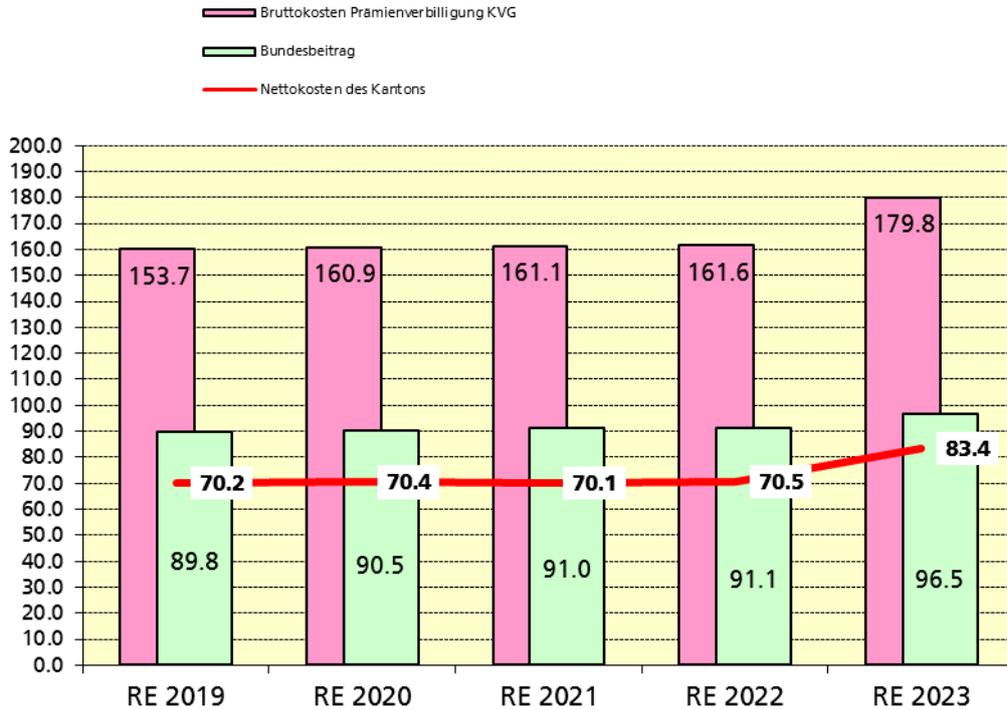
Ergänzungsleistungen zur IV (in Mio. Franken)



Für den Kanton resultieren im Bereich der Ergänzungsleistungen zur IV inkl. Verwaltungskosten bei einem Aufwand von 159,5 Mio. Franken zugunsten privater Haushalte und einem Ertrag aus Beiträgen vom Bund von 35,2 Mio. Franken Kosten von 124,3 Mio. Franken (Voranschlag 2023: 122,5 Mio. Franken).

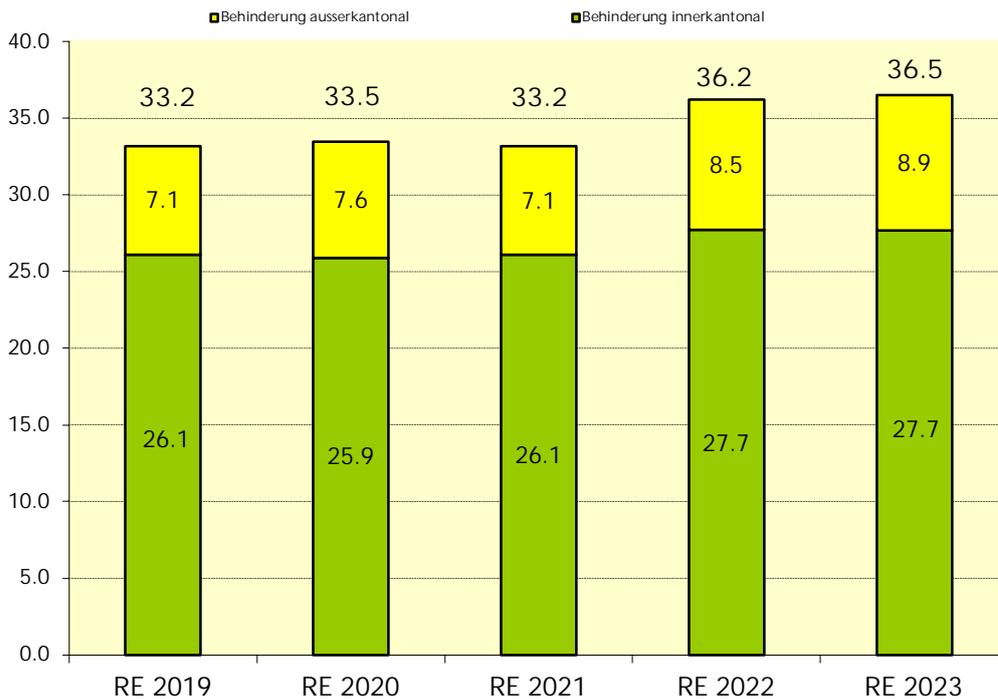
Aufgrund der Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung in der sozialen Sicherheit entfielen ab 2020 die Beiträge der Einwohnergemeinden (KRB Nr. RG 0092b/2019 vom 4. September 2019).

Prämienverbilligungen nach KVG (in Mio. Franken)



Für die Prämienverbilligung gemäss KVG inkl. Verwaltungskosten wurden 179,8 Mio. Franken aufgewendet. Der Bundesbeitrag betrug 96,5 Mio. Franken. Für den Kanton resultierte eine Nettobelastung von 83,4 Mio. Franken (Voranschlag 2023: 83,9 Mio. Franken; Rechnung 2022: 70,5 Mio. Franken). Damit liegen die Ausgaben für die Prämienverbilligung 12,9 Mio. Franken höher als im Vorjahr.

Behinderungen (in Mio. Franken)

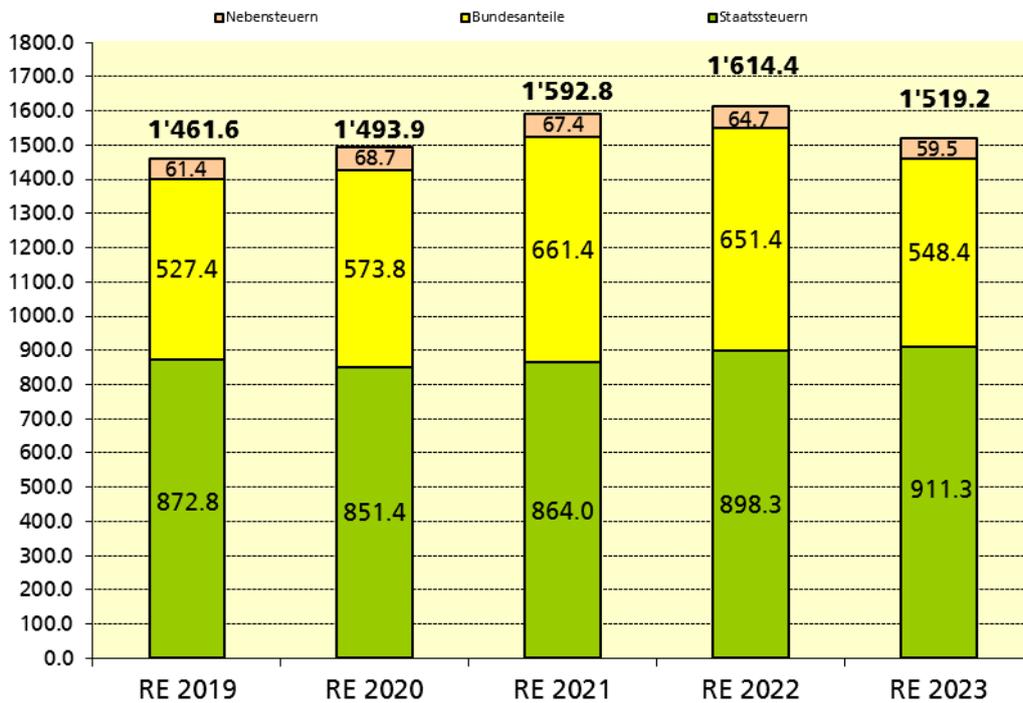


Für Beiträge an ausserkantonale Behindertenwohnheime und innerkantonale Werkstätten wurden im Geschäftsjahr 2023 36,5 Mio. Franken aufgewendet (Voranschlag 2023: 34,1 Mio. Franken; Rechnung 2022: 36,2 Mio. Franken).

Die Kosten für die Betreuung von Menschen mit Behinderungen sind 2,4 Mio. Franken höher ausgefallen als budgetiert und liegen 0,3 Mio. Franken oder 0,8 % über dem Vorjahreswert. Gründe dafür sind eine höhere Nachfrage nach betreuten Leistungen sowie teuerungsbedingte Taxanpassungen.

4 Die grössten Ertragspositionen

Entwicklung wichtigste Erträge
(in Mio. Franken)



Die grössten Ertragspositionen sind um 16,7 Mio. Franken bzw. 1,1 % höher ausgefallen als budgetiert. Gegenüber dem Voranschlag 2023 ergaben sich Mehrerträge bei den Staatsteuern (24,9 Mio. Franken) und bei den Nebensteuern (0,5 Mio. Franken). Die Bundesanteile fielen tiefer aus als budgetiert (8,8 Mio. Franken).

Gegenüber dem Vorjahr haben die wichtigsten Erträge um 95,2 Mio. Franken bzw. 5,9 % abgenommen. Im Vergleich zur Rechnung 2022 ergaben sich Mehrerträge bei den Staatsteuern (13,0 Mio. Franken) und Mindererträge bei den Bundesanteilen (103,0 Mio. Franken) und bei den Nebensteuern (5,2 Mio. Franken).

4.1 Bundesanteile

Mit Einnahmen von insgesamt 548,4 Mio. Franken wurde der budgetierte Betrag von 557,2 Mio. Franken um 8,8 Mio. Franken unterschritten. Eine Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ist, wie geplant, nicht erfolgt. Die Anteile an der Verrechnungssteuer und an der Direkten Bundessteuer fielen 6,3 bzw. 1,7 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Diese beiden Positionen werden gemäss Angaben der Eidgenössischen Steuerverwaltung budgetiert und unterliegen teils hohen Schwankungen.

Gegenüber der Rechnung 2022 resultierte eine Verschlechterung von 103,0 Mio. Franken. Der Wegfall

der Gewinnausschüttung SNB von 128,0 Mio. Franken konnte durch Mehrerträge aus dem NFA (16,4 Mio. Franken) und der Direkten Bundessteuer (8,9 Mio. Franken) nicht aufgefangen werden.

Der Ertrag aus den Bundesanteilen hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Bundesanteile (in Mio. Franken)	RE 19	RE 20	RE 21	RE 22	RE 23
- Reingewinn SNB	42.7	85.3	127.9	128.0	0.0
- Direkte Bundessteuer	62.2	83.0	80.1	78.7	87.6
- Verrechnungssteuer	31.1	10.3	31.7	13.7	14.2
- NFA-Ressourcenausgleich	363.9	371.5	392.5	390.5	407.9
- NFA-sozio-demo. Lastenausgleich	6.6	3.4	7.4	8.3	9.2
- NFA-Härteausgleich	-3.1	-2.9	-2.7	-2.5	-2.4
- NFA: Abfederungsmassnahmen	0.0	0.0	0.0	10.6	8.5
- Anteil EU-Zinsbesteuerung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
- Rückerstattung CO2-Abgabe	0.5	0.2	0.1	0.3	0.3
- Mineralölsteuer	8.1	7.8	8.4	8.0	7.8
- LSWA	13.2	12.9	13.7	13.5	13.0
- Globalbeitrag Hauptstrassen	2.2	2.3	2.3	2.3	2.3
Total	527.4	573.8	661.4	651.4	548.4

4.2 Staatssteuerertrag

Der Ertrag aus den Staatssteuern setzt sich wie folgt zusammen:

Staatssteuern (in Mio. Franken)	VA 23	RE 23	Diff. abs.	Diff. %
- Staatssteuer nat. Personen	752.8	754.3	1.5	0.2
- Staatssteuer jur. Personen	89.1	102.8	13.8	15.5
- Quellensteuer	25.0	28.3	3.3	13.2
- Grundstückgewinnsteuer	10.3	15.4	5.1	49.6
- Finanzausgleichssteuer	9.2	10.4	1.2	13.4
Total	886.3	911.3	24.9	2.8

Staatssteuern nat. Personen: inkl. Erträge aus Vorjahren, Grenzgängerbesteuerung, Kapitalabfindungssteuer und Liquidationsgewinnsteuer; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)
Staatssteuern jur. Personen: inkl. Erträge aus Vorjahren

Der Gesamtertrag der Staatssteuern, der in die Staatsrechnung 2023 eingegangen ist, übersteigt den im Vorschlag 2023 festgelegten Betrag um 24,9 Mio. Franken oder 2,8 %. Sämtliche Steuerbereiche haben über Plan abgeschlossen, wenn auch nur in bescheidenem Ausmass.

Die folgende Übersicht zeigt die Erträge der Staatssteuern für die Jahre 2019 - 2023:

Staatssteuern (in Mio. Franken)	RE 19	RE 20	RE 21	RE 22	RE 23
- Staatssteuer nat. Personen	713.9	727.5	743.4	754.1	754.3
- Staatssteuer jur. Personen	111.3	77.0	70.3	94.7	102.8
- Quellensteuer	26.9	30.0	30.4	27.2	28.3
- Grundstückgewinnsteuer	9.4	9.1	12.8	12.7	15.4
- Finanzausgleichssteuer	11.3	7.8	7.1	9.6	10.4
Total	872.8	851.4	864.0	898.3	911.3

Staatssteuern nat. Personen: inkl. Erträge aus Vorjahren, Grenzgängerbesteuerung, Kapitalabfindungssteuer und Liquidationsgewinnsteuer; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden), Steuersatz 2019-2023 = 104 %
 Staatssteuern jur. Personen: inkl. Erträge aus Vorjahren

Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich beim Ertrag der Staatssteuern eine Zunahme von 13,0 Mio. Franken oder 1,4 %. Sowohl die Steuererträge natürlicher Personen als auch juristischer Personen konnten bei unveränderten Steuerfüßen im Vergleich zum Vorjahr zulegen. Insbesondere für juristische Personen lässt sich ein aussergewöhnlich gutes Jahr feststellen. Einmalige Ereignisse haben ebenfalls zum Ergebnis beigetragen.

4.2.1 Entwicklung Steuerausstand

Der Steuerausstand beträgt zum Jahresende 2023 340,8 Mio. Franken und liegt damit 7,3 Mio. Franken über dem Vorjahr (2,1 %). Dieser Anstieg gegenüber 2022 ist bedingt durch die höheren Steuererträge im Kalenderjahr 2023 sowie durch die generell spätere Fakturierung von definitiven Veranlagungen.

Steuerausstand (in Mio. Franken)

31.12.2016	296.4
31.12.2017	302.2
31.12.2018	313.3
31.12.2019	353.6
31.12.2020	325.8
31.12.2021	317.8
31.12.2022	333.5
31.12.2023	340.8
Veränderung 2023	+7.3

4.3 Nebensteuern

Der Ertrag der Nebensteuern 2023 fiel um 0,5 Mio. Franken höher aus als budgetiert.

Nebensteuern (in Mio. Franken)	VA 23	RE 23	Diff. abs.	Diff. %
- Handänderungssteuer	30.0	29.0	-1.0	-3.3
- Erbschaftssteuer	20.5	20.6	0.1	0.4
- Nachlasssteuer	7.0	8.9	1.9	26.6
- Schenkungssteuer	1.5	1.1	-0.4	-28.3
Total	59.0	59.5	0.5	0.9

Die nachstehende Tabelle zeigt die seit 2019 ausgewiesenen Erträge der Nebensteuern:

Nebensteuern (in Mio. Franken)	2019	2020	2021	2022	2023
- Handänderungssteuer	25.0	33.3	36.2	32.9	29.0
- Erbschaftssteuer	19.8	26.9	21.7	21.8	20.6
- Nachlasssteuer	14.3	7.1	7.3	7.8	8.9
- Schenkungssteuer	2.3	1.4	2.2	2.2	1.1
Total	61.4	68.7	67.4	64.7	59.5

Der gesamte Ertrag der Nebensteuern liegt mit 59,5 Mio. Franken um 5,2 Mio. Franken bzw. 8,0 % unter dem Vorjahresniveau.

Die Anzahl Handänderungen sind gegenüber dem Vorjahr um rund 9 % zurückgegangen, was sich direkt auf den Ertrag der Handänderungssteuern auswirkt. Die Erbschaftssteuern, Nachlasssteuer und Schenkungssteuern bewegen sich im üblichen Rahmen. Eine genaue Planung ist bei diesen Positionen nur schwer möglich, da der Ertrag oft von einzelnen ausserordentlichen Geschäften abhängt.